

Metal-Arbeiter-Zeitung.

Organ für die Interessen der Metallarbeiter.

Publikations-Organ des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes und der Allgem. Kranken- und Sterbekasse der Metallarbeiter.

Erscheint wöchentlich Samstags. Abonnementspreis pro Quartal 80 A. Zu beziehen durch alle Post-Anstalten.

Nürnberg, 8. Oktober 1898.

Inserate die dreispaltige Petitzeile oder deren Raum 30 A Redaktion und Expedition: Nürnberg, Weizenstraße Nr. 12.

Inhalt: Die kapitalistischen Heher und Wähler an der Arbeit. — Die Hirsch-Duncker'schen Gewerksvereine. — Erste Hilfe bei Unfällen durch Verbrennen, Quetschen oder Bruch eines Gliedes. — Familien: Die Entwicklung des Raues großer Eisenbahnbrücken. (Schluß.) — Erste Konferenz des Verbandes deutscher Arbeitsnachweise. — Aus Oesterreich. — Deutscher Metallarbeiter-Verband: Bekanntmachung des Vorstandes. — Korrespondenzen. — Vermischtes. — Bitteraristisches.

Zur Beachtung.

Zug ist fernzuhalten:

- von Formern nach Bernburg (Reilmann u. Völker) M., nach Bielefeld (Temperformer, Firma Wilh. Kramer) Str., nach Burgheimfurt, nach Büfelfeld D., nach Halle a. S. (M. Jacobi in Büschdorf b. H.) Str., nach Nürnberg, nach Helber, Kld. (Temperformer, Firma Maier u. Co., Inhaber Albert Fischer) St.; von Feilenbauern zc. nach Lübeck L., nach München-Gladbach, nach Pöschhappel-Dresden (Mehlhoje) M.; von Klempnern nach Cassel Str., nach Leipzig (Acethlen-Gasgesellschaft Prometheus) M., D., nach Magdeburg L.; von Installateuren nach Magdeburg L.; von Schleifern nach Solingen-Folge (Gottl. Hammesfahr) Str.; von Metallarbeitern aller Branchen nach Cassel (Beck u. Henkel); von Schlossarbeitern nach Großsch (Schlossfabrik Ernst Stengler); von Metallschlägern nach Großschönau (Weber u. Bischoff) M. (Die mit St. bezeichneten Orte sind Streifgebiete, welche überhaupt zu meiden sind; v. St. heißt: Streit in Aussicht; L.: Lohnbewegung; M.: Aussperrung; D.: Differenzen; W.: Maßregelung; N.: Lohn- oder Abord-Reduktion.)

Die kapitalistischen Heher und Wähler an der Arbeit.

Ihr aber, die Ihr täppisch dreist, Von kurzer Macht verführt, Den ausgewachsenen Menschengeist In Strafgesetze schmürt, Ihr glaubt, wenn Ihr nur groß und weit Kluft hat das Kerkerloch, Zum Stillstand brädet Ihr die Zeit? Und sie bewegt sich doch!

Ludwig Fulda.

Ein Jauchzen und Jubeln, ein Hehen und Wählen erfüllt die Spalten der kapitalistischen Presse, an deren Spitze das galizisch-jüdische Reptil der rheinisch-westfälischen Eisenbarone, der 15,000märtige Schweinburg steht. Der Mann ist sich seines traurigen Handwerks, gegen fette Bezahlung im Interesse und zum Nutzen der Reichen gegen die Armen zu hehen, nicht bewußt geworden und es wird auch nie dazu kommen, sonst müßte er das Beispiel des moralisch gleichwerthigen Judas Schariot nachahmen.

Die Kapitalisten und ihre handlangerischen Hegeapostel haben eine gute Zeit. Erst wird ihnen die kaiserliche Rede mit der Zuchthaus-Ankündigung präsentiert und dann ermordet ein verthierter Italiener die Kaiserin von Oesterreich. Hinter der darüber öffentlich ausgedrückten Konventionellen, berechneten Ent-rüstung und Theilnahme vermag sich der ehrliche Jubel über den neugewonnenen kostbaren, unbezahlbaren Stoff zu verstärkter Heherei gegen die Arbeiter nicht zu verbergen und wieder sind es die rheinisch-westfälischen Industriearone, die an der Spitze marschiren. Sie fraktisizirten den Genfer Mord zu folgendem, der Geschichte verfallenden Telegramm an den Kaiser:

„Die fürchtbare That, welcher Ihre Majestät die Kaiserin von Oesterreich zum Opfer gefallen ist, ist ein erschreckender neuer Beweis für die Ziele des Anarchismus und der zu diesem führenden Bestrebungen. Unter dem unsere Herzen auf das Tiefste bewegenden Eindruck wissen wir uns mit Eurer Majestät einig in dem Gefühle der Pflicht, den Versuchen, unsere Religion, unsere Liebe zu unserem

erhabenen Herrscherhause und zum Vaterlande zu vernichten, mit allen Mitteln strengster Gesetzgebung entgegenzutreten. Wir unterzeichneten Vertretungen deutscher Industrie wagen daher Eurer Majestät in tiefster Ehrfurcht die Versicherung auszubringen, daß wir in dem Kampfe gegen die ruchlosen Feinde unserer staatlichen und sittlichen Ordnung treu zu Eurer Majestät stehen. In unverbrüchlichem Vertrauen auf Eurer Majestät Kraft und Weisheit werden wir alle diejenigen Maßnahmen nachdrücklich fördern und unterstützen, welche Eurer Majestät zur Unterdrückung der verbrecherischen Ziele eines gewissenlosen Fanatismus und der Aufrechterhaltung der bedrohten Autorität des Staates für gut erachtet werden.

In tiefer Ehrfurcht verharren Zentralverband deutscher Industrieller; Verein deutscher Eisenhüttenleute; Bergbäulicher Verein für den Oberbergamtsbezirk Dortmund; Verein für die wirtschaftlichen Interessen Rheinlands und Westfalens.

Im Auftrage:

v. Gähler. Servaes. Lueg. Fende.

Die hier bekundete Gefühls- und Denkwiese, das Verlangen nach neuer Verfolgung, nach neuen Ausnahmengesetzen gegen die deutschen Arbeiter, weil in Genf eine menschliche Bestie eine Frau ermordete, bekunden eine Geistes- und Charakterbeschaffenheit, die ungefähr auf der gleichen Höhe steht, wie die des Genfer Attentäters und zeugen für die oft behauptete Verwandtschaft der Anarchisten mit den Bourgeois. Die in dem Telegramm enthaltene Gemeinheit hat offenbar auch den Kaiser angewidert, denn er ließ den kapitalistischen Hehern und Wählern nur für die Versicherung treuer Ergebenheit danken, berührte aber die vorgeschlagene Fraktisizirung mit keinem Worte; das in der schweigenden Verachtung enthaltene Desaveu (Verleugnung) der konnerzienrätlichen Heher und Wähler ist auch ein Beweis dafür, daß der Kaiser die „edlen Seelen“ erkannt hat. Sie wurden übrigens selbst von einem Theile der großen Selbstsackpresse, so von der Berliner „Nationalztg.“, vom „Leipziger Tagebl.“, die nicht an Arbeiterfreundlichkeit leiden, wegen ihrer taktlosen und arroganten Aufdringlichkeit gegenüber dem Kaiser kritisiert und es wurde von ihnen auch darauf hingewiesen, daß diese Hehereien gegen die Arbeiter unmöglich dem sozialen Frieden dienen können.

Bei den über die angekündigte Zuchthausvorlage noch weiter stattfindenden lebhaften Preßerörterungen wie auch in den dagegen von den Arbeitern abgehaltenen Protestversammlungen wird mit Recht auf den Terrorismus, den die Gegner unisono immer den Arbeitern vorwerfen, aufmerksam gemacht, der von diesen selber in den mannigfaltigsten Formen geübt wird. Die Unternehmer-Organisationen haben neben den fortwährenden Preiserhöhungen, neben der fortwährenden Bestätigung aller Behörden bis zum Kaiser hinauf mit ihren tausenderlei Sonderwünschen und Sonderinteressen zc. in der Hauptsache die Aufgabe der Terrorisizirung, der Verfolgung der Arbeiter. Die kapitalistischen Heher und Wähler schließen auf Monate lang, wie es vor kurzer Zeit einem Formern passirte, die Arbeiter von der Wiedererlangung von Arbeit aus, weil sie den Arbeitsplatz, wenn auch in ganz korrekter Form verlassen haben und heben damit das freie Selbstbestimmungsrecht, die Freizügigkeit des Arbeiters auf; sie entlassen und hochkottiren Arbeiter, welche sich erlaubten, einen bescheidenen Wunsch zu äußern; sie hochkottiren ihre eigenen Klassengenossen, wenn sie nicht ebenso brutal sind wie sie, wie dies seitens der Kartelle und Syndikate, seitens der Fabrikanten- und Meistervereinigungen aller Art Tag für Tag geschieht. Die Behörden hochkottiren Arbeiter und Angestellte wegen ihrer Gesinnung und treten dadurch die von der Ver-

fassung garantierte Gleichheit Aller vor dem Gesetz, das ihre Nichtschmerz sein soll, mit Füßen; die Militärbehörden hochkottiren Hunderte von Wirtschaften und anderen Geschäften usw. Ist denn dies Alles nicht der gewaltthätigste, unerhörteste und gemeinschädlichste Terrorismus, durch den Tausende von Existenzen schwer geschädigt und vernichtet werden? Wo bleibt da die biblische Lehre: „Was Du nicht willst, daß man Dir thu“, das füg' auch keinem Andern zu“? Da zeigt sich die ganze Heuchelei unserer Segner.

Gefährlich pharisäerisch ist auch die Art, wie die kapitalistischen Heher und Wähler gegenüber den Vertrauensleuten der Arbeiter von Hehern und Wählern reden. Die Schweinburg, Martens, Bued, Deumer, Schröbter, Krause, Kirchner, Laufer, Möller, Stumm u. s. w., die das ganze Jahr hinter den Arbeitern her sind, die in der rücksichtslosesten Weise die Selbstinteressen auf Kosten der Arbeiter, wie der Gesamtheit wahrnehmen und zur Geltung bringen, die darin unermüdet sind, die scheinen sich dessen gar nicht bewußt zu sein, welche schlimme und gewaltthätige Hege- und Wählerarbeit sie verrichten. Sie, die Heher und Wähler par excellences, schreien über die Arbeiter Heher und Wähler und verlangen für sie das Zuchthaus. Und während sie die angekündigte Zuchthausvorlage im Voraus schon feiern und mit Jubel begrüßen, sammeln sie für ihren Bued, den sie, wenn er im Lager der Arbeiter wäre, einen der schlimmsten Heher und Wähler nennen würden, eine Ehrenspende von 30,000 M!

So ist es in der That nicht das Gleiche, wenn Zwei dasselbe thun. Damit stellt man aber die Dinge auf den Kopf, damit verwirrt man alle Begriffe, damit korrumpirt man alle Moral und unterwühlt Staat und Gesellschaft, viel schlimmer, als selbst Anarchisten es zu thun vermöchten; die Behörden aber, die sich ihrer Pflichten nicht mehr bewußt sind, die in einseitiger und verblendeter Weise das Treiben der kapitalistischen Heher und Wähler gegen die Arbeiter mitmachen, die den Staat zum nackten, brutalen Klassenstaat gestalten und die Arbeiter zu Parasiten, zu Heloten herabdrücken, diese Behörden machen sich mitschuldig jener schweren Vergehen gegen das arbeitende Volk, welche nur die schlimmsten Folgen haben können. Da ist es hohe Zeit, daß das arbeitende Volk, daß die Sozialdemokratie, daß alle Freunde staatlicher Gerechtigkeit und einer ruhigen, gesunden Entwicklung den Regierenden zurufen: Videant consules, ne quid respublica detrimenti capiat (die Konsuln, d. h. die Regierenden mögen aufsehen, daß der Staat keinen Schaden leide!). Werden sie den Ruf hören und befolgen? Wir glauben es nicht!

Das den Kapitalisten und ihren Prektozaken so sehr verhaßte Koalitions- und Streikrecht der Arbeiter, wogegen sich in erster Linie die Heher richtet, das aber nichts anderes als das Koalitions- und Aussperrungsrecht der Unternehmer ist, findet anerkannter Weise doch auch in weiten bürgerlichen Kreisen aus sozialpolitischer Einsicht wie aus Gerechtigkeitsgefühl warme Vertheidiger. In der „Sozialen Praxis“ veröffentlicht ihr Redakteur Dr. Franke einen recht lesenswerthen Artikel, indem er die tendenziösen Uebertreibungen der Streiks in Deutschland auf ihren wahren Werth unterjucht und nachweist, daß die Streiktage ein verschwindendes Minimum der gesammten Arbeitstage der 6-7 Millionen Industriearbeiter ausmacht und daß ferner die Streiks die Prosperität des deutschen Erwerbslebens nicht beeinträchtigt haben. Er hebt dann hervor, daß man in Deutschland auch noch fast gar nichts gethan hat, um die Streiks auf friedlichem Wege einzudämmen, was freilich mehr Fähigkeit und Einsicht in die Verhältnisse erfordert, als die Fabrikation brutaler,

Polizeiordnungen und Verschärfung der Strafgesetze. Grande widerlegt auch die Annahme der ehrlosen Gesinnung bei Streikvergehen. „Der Soldat, der Beamte, der Arzt, jeder Berufsstand hält es für seine höchste Ehre, sie zu wahren; wer gegen sie frevelt, verfällt der sozialen Achtung, die ihn oft von Brod und Heimath treibt.“ Er weist dann ferner darauf hin, daß die Arbeitswilligen in noch höherem Maße des staatlichen Schutzes gegen den Terrorismus der Unternehmer bedürften und er schließt mit der Ausführung, daß die Politik des Arbeitertruges und des Unternehmerschutzes die Kluft zwischen den sozialen Klassen nur noch vertiefen könne.

Raumann führt in seiner „Hilfe“ aus: hieß es früher, daß Niemand reich werden könne, ohne das Zuchthaus mit dem Kermel gestreift zu haben, so könnte in Zukunft Niemand Arbeiterführer sein, ohne mit dem Kermel das Zuchthaus gestreift zu haben. Er charakterisiert sodann die Streikbrecher als die minderwerthigen Arbeiter, minderwerthig in Bezug auf Moral und berufliche Tüchtigkeit und fragt: ob der Stamm der Urheber der Zuchthaus-Antündigung beim Kaiser sei?

Auch die ultramontane und die freisinnige Presse verteidigt das bedrohte Arbeiterrecht und weist die darauf vorbereiteten Anschläge zurück.

Edele, ideale Männer, wie Friedrich Albert Lange, der Kopenhagener Professor Höfding, der Breslauer Professor Sombart, Hertner, Löwenfeld und Andere haben von den Bestrebungen der Arbeiter eine hohe Auffassung — sie sind freilich gegen die Stumm und Posadowsky die reinsten Engel. Lange sagt in seiner „Arbeiterfrage“ über die Lohnkämpfe: „Die Arbeiter wissen nicht, wie viel sie in ihrer eigenen sittlichen Kraft und damit in ihrer ganzen sozialpolitischen Stellung diesen Kämpfen verdanken; denn sie kämpfen nicht, um sich zu üben und sich geistig zu erheben, sondern, wie natürlich, um ihren Zweck zu erreichen. Gleichwohl gewinnen sie durch den Kampf selbst etwas Wichtigeres als das nächste Ziel, nach welchem sie trachten; und wenn sie es in England schon jetzt erreicht haben, daß sie bei den Verhandlungen mit den Arbeitgebern nicht als eine tieferstehende Rasse, sondern als gleichberechtigte Männer behandelt werden, so haben sie dies vor allen Dingen ihrer bewunderungswürdigen Haltung in den Lohnkämpfen zu verdanken.“

Höfding führt sehr richtig aus: „Der Klassenkampf wird erst dadurch herbeigeführt, daß die bisher herrschenden Klassen, die Alles mit der revolutionären Emanzipation abgethan glaubten, gegen diese allgemeine Verbrüderung Widerstand leisteten. Dann bildeten aber die Arbeiter (zuerst in England) ihre eigenen Bruderschaften. In diesen Vereinen, den Gewerksvereinen und bald auch in den sozialdemokratischen Vereinen, hat der einzelne, bisher isolirte, auf seine eigenen egoistischen Interessen angewiesene Arbeiter sich als Theil eines größeren Ganzen fühlen gelernt. Er hat seine Bedeutung als Bürger und Mensch empfunden; große Zwecke und Begeisterung für eine gemeinsame Sache haben ihn

über das elementare ökonomisch-egoistische Motiv erhoben. Hierin liegt vielleicht die größte kulturgeschichtliche Bedeutung der sozialen Bewegung.“ Ferner: „Der Klassenhaß, welcher sich in dem sozialistischen Kampfe andern Ständen gegenüber zeigt, ist nur eine abgeleitete Erscheinung — wie der Haß der Bourgeoisie gegen den Adel es in der Revolutionszeit war.“ Und endlich derselbe (Höfding): „... Wenn die Arbeitsniederlegung wirklich im Interesse des ganzen Standes geschieht, ist es unzweifelhaft die Pflicht des Einzelnen — eine Pflicht, die das Solidaritätsgefühl überall einschärft — so lange wie möglich auszuhalten. Selbst wenn er nicht zum Fachvereine gehört, wird er Nutzen von einem Siege haben und wird daher in der Zeit des Kampfes seine Sache nicht von der des Vereins trennen können.“

Aus solchen Darlegungen könnten auch die kapitalistischen Hezer und Wähler etwas lernen, doch geschieht dies so wenig, als man von Disteln Feigen ernten kann. Die Stumm u. bleiben, was sie sind, aber die Arbeiter ihrerseits auch und darum werden sie die neue Heze gegen sie am Besten beantworten mit einem Protest in der wirkungsvollsten Form: daß sie sich massenhaft den Gewerkschaften anschließen. Der Deutsche Metallarbeiter-Verband sollte in dieser Zeit der Gährung, in dieser heißen Sturm- und Drangperiode des Proletariats seine Mitgliederzahl verdoppeln und verdreifachen, dann läßt sich auch das unsäglich frech gewordene Kapital überwinden!

**Die Hirsch-Duncker'schen Gewerksvereine**

feierten am 10. September in Berlin ihr 30jähriges Jubiläum, bei welcher Gelegenheit Dr. Max Hirsch eine große Lobrede auf seine Schöpfung hielt.

Wir haben im Laufe der Jahre öfter die Gelegenheit wahrgenommen, Wesen und Wirken der Gewerksvereine eingehend zu beleuchten. Einen schätzbaren Beitrag zur Beurtheilung derselben liefert neuerdings ein Mitarbeiter des „Vorwärts“, A. v. Elm, Hamburg. Wir geben dessen Auslassungen, obwohl sie manches bereits Bekannte enthalten, in Folgendem wieder:

Das Jahr 1868 ist für die Arbeiterklasse von hoher Bedeutung, die Aufhebung der gesetzlichen Koalitionsverbote stand bevor. Wie erklärlich, erwarteten von der Verleihung des Koalitionsrechtes die verschiedenen politischen Parteien einen Aufschwung der Arbeiterbewegung. Mit Recht erwartete man, daß die Arbeiter die Koalitionsfreiheit zur Gründung von Vereinigungen auf wirtschaftlichem Gebiete benutzen würden.

Die Arbeiter hatten sich bisher zum größten Theil im Schlepptau der Fortschrittspartei befunden; der Einfluß derselben begann nach und nach in Folge der sozialdemokratischen Agitation immer geringer zu werden. Da galt es für die bürgerlichen Parteien auf dem Festen zu sein, um die Führung der Arbeiter-

massen nicht völlig zu verlieren. Man plante die Gründung von Gewerksvereinen nach dem Muster der englischen Trade Unions. Dr. Max Hirsch wurde nach England gesandt, um dort Studien über jene mächtigen Arbeiterorganisationen zu machen.

Während aber Dr. Max Hirsch noch in England weilte, begannen in Deutschland von sozialdemokratischer Seite schon die Vorbereitungen zur Einberufung eines allgemeinen Arbeiterkongresses zwecks Gründung von Gewerkschaften. Auf der Generalversammlung des „Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins“ stellte Frißsche, Präsident des 1865 gegründeten „Deutschen Tabakarbeiter-Vereins“, einen diesbezüglichen Antrag. Derselbe wurde zwar abgelehnt, Dr. v. Schweizer und Frißsche jedoch das Recht zugestanden, als Privatpersonen einen solchen Kongreß zu berufen. Der von beiden erlassene Aufruf zur Bescheidung eines Kongresses wurde von den Arbeitern äußerst sympathisch aufgenommen. Als der Kongreß am 26. September 1868 in Berlin unter dem Vorsitz v. Schweizer's zusammentrat, übertraf er alle Erwartungen. Anwesend waren 206 Delegirte aus den verschiedensten Theilen Deutschlands. Dieselben vertraten 142,008 Arbeiter in 110 Orten.

Dr. Max Hirsch war inzwischen aus England zurückgekehrt. In der Erkenntniß, daß die Fortschrittspartei den richtigen Zeitpunkt zur Organisation der Arbeiter auf wirtschaftlichem Gebiete verpaßt hatte, versuchte er und seine Freunde den Kongreß zu stören.

Wie die Vertreter der Arbeiter Herrn Dr. Max Hirsch und seinen Anhang beurtheilten, beweist die Annahme folgender Resolution des Kongresses:

„In Erwägung, daß die Versammlung zweifellos erkannt hat, daß die betreffenden Herren lediglich erschienen sind, um im Interesse der Kapitalisten Unfrieden und Störung unter den Arbeitern zu verursachen, ersucht die Versammlung die betreffenden Herren, sich zu entfernen.“

Als dieselben trotz der Aufforderung des Vorsitzenden dem Beschluß nicht nachkamen, wurde ihnen gegenüber von dem Hausrecht Gebrauch gemacht, und die Resolution mit Gewalt verwirklicht.

Zornentbrannt berief Dr. Max Hirsch seine Getreuen auf den 28. September zu einer Versammlung mit der Parole: „Wiederherstellung des von Schweizer vollständig verzerrten Systems der englischen Berufsorganisation in seiner Reinheit. Ersatz der auf „cäsaristischen“ Grundlage in der ausschließlichen Absicht der Erweckung und Schürung des Klassenkampfes errichteten Schweizer'schen Gewerkschaften durch „Gewerksvereine“, welche die Harmonie der Interessen des Kapitals und der Arbeit in den Vordergrund stellen und zu allmählicher friedlicher Verbesserung der Lebenshaltung der Arbeiter führen sollen.“

Die Versammlung tagte unter dem Vorsitz des Reichstagsabgeordneten Franz Duncker, der später in einer Wahlrede im Oktober 1873 offen erklärte, „daß die Gründung der Gewerksvereine unter Zustimmung und Mitwirkung der Fortschrittspartei geschah, um der Schweizer'schen Demagogie, der damals seine Bataillone organisiren wollte, entgegenzutreten.“

ihnen befestigt, als der Gitterstab Löcher hatte; jede Bohrmaschine, obwohl nur für verhältnismäßig kurzen Gebrauch bestimmt, war auf das Sauberste mit starken Gußstahlspindeln in Rothguthführungen ausgeführt. Unter ihnen befand sich ein starker, gußeiserner Tisch, auf den der zu bohrende Gitterstab gelegt und festgeklammert wurde. Der Tisch hatte Führungen an beiden Böden und wurde beim Bohren selbstthätig gehoben. Während der Arbeit brachte eine Pumpe jedem Bohrer reichlich Schmiermaterial, das in einer Rinne des Tisches aufgefangen und zur Zisterne zurückgeführt wurde. Die Bohrer, Spindelbohrer, wurden mit größter Genauigkeit maschinell angefertigt, mit ihrem runden, etwas kegelförmigen Ende in die Spindel ohne sonstige Befestigung, um die Genauigkeit nicht zu gefährden, gesteckt, gefräst und mit besonderen Maschinen, ohne irgend welche Handarbeit, geschliffen. Jede Einzelbohrmaschine konnte von der Hand in senkrechter Richtung verstellt werden, damit sowohl beim ersten Einsetzen wie bei Einwechslung neu geschärfter Bohrer alle Bohrer genau gleichzeitig angriffen.

Um die Genauigkeit der Löcher nicht durch Vorkörner zu gefährden, wurde kein Loch angefränt. Die genauen und genau geführten Bohrer sicherten die richtige Stellung. Da aber trotz aller Vorsicht die Möglichkeit nicht ganz ausgeschlossen schien, daß einer oder der andere Bohrer eine kleine Erwärmung und in Folge davon einen kleinen Längenunterschied verursachte, so wurden die Löcher nicht ganz auf den beabsichtigten Durchmesser gebohrt. Die gebohrten Stäbe wurden 24 Stunden hingelassen, damit sie mit Sicherheit durchweg die Temperatur der Werkstätte annähmen.

**Die Entwicklung des Baues großer Eisenbahnbrücken.**

(Schluß.)

Die über zwei Brückenöffnungen zusammenhängenden Gurtungen wurden in voller Länge unter Dach in einem besonderen Gebäude zugelegt, alle Nietlöcher sauber und genau aufgerieben und verzinkt. In der Zulage wurde dann so viel vernietet, wie angewiesen war, um passende Nichtstücke für den Transport und für die Aufstellung in Köln zu erhalten. Während der Zulage war die Längenveränderung durch die Temperatur vollständig unbedenklich, da nur die Mitte festlag; bei den Kontrollmessungen wurden die Maßstäbe eine Nacht vorher auf die Gurtung gelegt, damit sie sicher dieselbe Temperatur annahmen. Die Maßstäbe für die Hauptlängenmessung, Stützmaßstäbe von je 10 Fuß, waren Gasrohre mit sicher befestigten Enden aus gehärtetem Stahl, von denen das eine genau eben, das andere leicht gewölbt war. Die genaue Länge war dem in Berlin befindlichen Urmaße entnommen. Zur Abtragung des Endes der aufliegenden Stützmaßstäbe auf die Gurtungsplatte diente ein sehr genauer Stahlwürfel. Um den genauen Anschluß der senkrechten Verbindungen und Absteigungen über den Pfeilern zu sichern, legte man die betreffenden Theile jeder Gitterwand über Endpfeiler sowohl wie Mittelpfeiler in besonderem Gebäude vollständig zu, nebst den dazu gehörigen anschließenden Gitterstäben. Im Uebrigen wurden die Gitterstäbe mit fertig gebohrten, gefrästen und verzinkten Löchern erst bei der Aufstellung in Köln auseinandergefügt.

In Zulage unter Dach von den im Ganzen etwa acht Morgen bedeckenden Gitterwänden konnte nicht gedacht werden; es mußten deshalb die Böden in den Gitterstaben, deren ganze Länge zwischen den Theilmitten rund 9 Mtr. betrug, sämmtlich genau an der ihnen zukommenden Stelle sein. Das war die schwierigste Aufgabe bei der ganzen Arbeit. Wenn man auf dem Zeichenbrett in gleichen Abständen wagerechte und senkrechte Linien und dann die Diagonalen durch die Schnittpunkte zieht, so gehören gute Instrumente, ein gutes Auge und eine feste Hand dazu, wenn alle Schnittpunkte genau stimmen sollen. In diesem Falle war das Zeichenbrett rund 100 Mtr. lang; die wagerechten Theilungen waren durch die Gurtungen, die senkrechten durch die Vertikalabsteigungen unabänderlich bestimmt, und die Aufgabe, daß kein Gitterstabloch mehr als 1/100 Zoll Abweichung haben sollte, ist vollständig gelungen; die Böden stimmten genau, und kein einziges hat einer Nachhilfe bedurft. In diesem Zwecke wurden in der Werkstätte zwei Gitterstab-Bohrmaschinen angefertigt, die in der Hauptsache einander gleich waren. Die Herstellung konnte keiner anderen Werkstätte anvertraut werden, weil es damals keine gab, von der man auch nur annähernd die nötige Genauigkeit erwarten konnte.

Das Gestell der Bohrmaschinen bestand aus einem sehr starken gußeisernen Langbalken, der von zwei kräftigen Böden getragen wurde, die auf gußeisernen Grundplatten ruhten. Der eine Bod stand fest, der andere war verschiebbar angeordnet, um den Temperaturunterschieden Rechnung zu tragen. An den Langbalken waren so viele vollständige einzelne Bohrer-

Politische Motive waren es, die zur Gründung der Gewerksvereine führten; wiederholt hat später der „Gewerksverein“, das Organ der Hirsch-Dunderianer, zur Unterstützung der Fortschrittspartei aufgefordert; und so ist es geblieben bis auf den heutigen Tag.

Als Schreiber dieses vor der letzten Wahl in eine von einem Ortsverein der Gewerksvereine einberufene Versammlung ging, um einen Vortrag von einem Redakteur des „Gewerksvereins“ über die Leistungen der Gewerksvereine mit anzuhören, bekam er statt dessen eine Wahlrede für die freisinnige Volkspartei zu hören.

Die Arbeiter von der Sozialdemokratie abzuhalten und dieselben als Heresegesolde den Freisinnigen zu erhalten, ist noch heute der Hauptzweck der Hirsch-Dunder'schen Gewerksvereine.

Bei dem am 10. September in der „Konkordia“ in Berlin abgehaltenen „Jubelfest“ der Gewerksvereine trat dies in den von den Ehrengästen, (zum größten Theil freisinnige Reichstags- und Landtagsabgeordnete und Stadtverordnete) gehaltenen Reden sehr deutlich hervor. Reichs- und Landtagsabgeordneter, Stadtverordneter und Dr. Paul Langerhans meinte: „Hätte das Bürgerthum die Gewerksvereine nur früher verstanden und ihre Bestrebungen unterstützt, so hätten die Gewerksvereine die Sozialdemokratie längst völlig zurückgedrängt.“ Reichstagsabgeordneter Otto Fijch bedauerte, wie das Programm der Gewerksvereine sich in wesentlichen Punkten mit dem wirtschaftlichen Theil des Programms seiner Partei (der freisinnigen Volkspartei) decke.

Die parteipolitische Tendenz der Gewerksvereine geht im Uebrigen auch klar daraus hervor, daß der Verbandstag der Gewerksvereine im Oktober 1876 zu Breslau die Einführung eines Nebenverses beschloß, durch dessen Unterzeichnung jeder Beitretende zu erklären hat, weder Mitglied noch Anhänger der Sozialdemokratie zu sein. Die Abschaffung dieses Nebenverses wurde auf dem letzten Verbandstag in Magdeburg Anfangs Juni d. Js. mit allen gegen 3 Stimmen abgelehnt.

Wenn die Gewerksvereine wären, was sie angeblich sein wollen, unpolitische, wirtschaftliche Vereinigungen zum Zwecke der Verbesserung der Lebenshaltung der Arbeiter, wie können sie dann die Anhänger einer über 2 Millionen starken politischen Partei von der Mitgliedschaft zurückweisen? Wer die wirtschaftlichen Interessen der Arbeiter fördern will, muß dahin streben, die Arbeitermassen zu organisieren, wer wegen parteipolitischer Fragen die Anhänger irgend einer Partei von der Mitgliedschaft zu einer wirtschaftlichen Arbeitervereinigung ausschließt, treibt Sonderbündelerei und schädigt dadurch die Interessen der Arbeiter. Die weitere Entwicklung der Gewerksvereine liefert hierfür hinreichende Beweise.

„Harmonie zwischen Kapital und Arbeit!“, unter dieser Devise wurden am 28. September 1868 die von Dr. Max Hirsch entworfenen „Grundzüge zur Konstituierung von Gewerksvereinen“ angenommen und später ein sogenanntes Musterstatut für Gewerksvereine geschaffen. Im Jahre 1869 sollen sich nach den An-

Am folgenden Tage kamen die Stäbe auf die zweite Maschine, die zum Unterschiede von der ersten, der eigentlichen Gitterstab-Bohrmaschine, Gitterstab-Fräsmaschine benannt wurde. Im Uebrigen ebenso wie die Gitterstab-Bohrmaschine eingerichtet, hatte die letztere an Stelle der Bohrer kleine, maschinell hergestellte Fräser von dem genauen Durchmesser der fertigen Löcher. Da der Schnitt, den die scharfen Fräser zu machen hatten, nur sehr fein war, und da reichlich geschmiert wurde, so war eine Erwärmung des Gitterstabes ausgeschlossen. Es hat sich übrigens nicht bemerkbar gemacht, daß die Korrektur, für welche die Fräser bestimmt waren, irgendwo nöthig gewesen wäre, der Schnitt war überall gleichmäßig.

Die Maschine erfüllte noch einen anderen Zweck, der bei der Aufstellung in Köln sehr zu statten kam, nämlich den, die Gitterstäbe vollständig niederfertigen zu machen. Alle Nietlöcher sind unter den Nietköpfen versenkt, und daher mußten die einzelnen Löcher in den Gitterstäben, je nachdem unmittelbar darauf der Nietkopf oder ein anderes Brückenglied kam, genau nach der Zeichnung für den betreffenden Stab versenkt werden oder nicht. Zu diesem Zweck wurde für jedes Loch, das versenkt werden sollte, oberhalb des Fräzers ein Versenkmesser eingelegt. Die peinlich genaue Anfertigung der beiden Maschinen verursachte große Mühe, namentlich auch dadurch, daß zur damaligen Zeit keine Hobelmaschine zu Gebote stand, die lang genug für die großen Langbalken war, und daß bei dem fränkischen Hobeln Gusspannungen zum Vorschein kamen, die mühsame Berichtigungen nöthig machten.

Die Vorbereitungen für den Brückenbau zogen sich

gaben von Dr. Max Hirsch bereits 12 Gewerksvereine mit 30,000 Mitgliedern organisiert haben.

Wie wurden diese Mitglieder gewonnen?

In seiner Schrift: „Die Arbeiterfrage und die Deutschen Gewerksvereine“ erzählt uns Dr. Max Hirsch, daß seine Harmoniebestrebungen so viel Anklang fanden, daß nicht selten große und kleine Arbeitgeber und Unternehmer, darunter hervorragende Werkbesitzer, öffentlich und warm für die Bestrebungen der Deutschen Gewerksvereine eintraten, ja, daß sie denselben sogar selbst als zahlende Mitglieder beitraten. Die völlige Ungefährlichkeit der Gewerksvereine gegenüber dem Kapital wird dadurch von Dr. Max Hirsch selbst auf's Treffendste gekennzeichnet, gleichzeitig aber auch erklärt, wie theilweise die „freiwilligen Anhänger und Gesinnungsgenossen“ des Herrn Dr. Max Hirsch gewonnen werden.

Dr. Rudolf Meher schildert uns später im Jahre 1873, wie für die Gewerksvereine agitirt wurde, mit folgenden Worten: „Endlich muß man nicht vergessen, daß Hirsch von vielen, ja jetzt fast von der ganzen Fabrikantenwelt protektionirt wird, die thörichterweise meint, er werde die Arbeiter dauernd fördern und vor dem Einfluß der Sozialdemokratie schützen. Viele Fabrikanten kommandiren ihre Arbeiter förmlich in die Hirsch-Dunder'schen „konserbativen“ Vereine. Vorweg müssen die Faktoren, Werkführer, Aufseher und die, welche man auf der Schule „Theefüchse“ nennt, in jene Vereine eintreten und die ziehen dann Andere nach.“ Aber nicht überall wurden Hirsch's Harmonievereine so günstig aufgenommen. Dr. Max Hirsch erzählte den Arbeitern in seinen Vorträgen von den Erfolgen der englischen Trades Unions. Die großen Kapitalisten aber wußten, daß die Erfolge derselben nicht durch Harmoniephrasen-Drescherei, sondern durch erbitterte, gewaltige Kämpfe errungen waren, sie trauten deshalb den Harmoniepreden nicht recht.

Am 11. Juli 1869 sprach Dr. Max Hirsch vor den Bergleuten in den Kohlengrubenbezirken Waldenburg in Schlefien und gründete dort einen Ortsverein. Der Beitritt zu demselben war stark. Schon im September 1869, also kaum ein Vierteljahr nachher, überreichte der Generalkath des neuen Gewerksvereins den Arbeitgebern eine Denkschrift, in der er Lohnerrhöhung und Herabsetzung der Arbeitszeit forderte. Die Arbeitgeber verweigerten es, in Unterhandlungen einzutreten, kündigten den Arbeitern die Arbeit und die Wohnung und verlangten den Austritt aus dem Gewerksverein, ehe sie die Kündigung zurücknahmen.

Ende November beschloßen die Bergarbeiter den Streik, am 1. Dezember wurde die Arbeit fast im ganzen Waldenburger Becken niedergelegt. Wohl oder übel mußte Dr. Max Hirsch den Streik zur Verhandlungssache machen; er hatte den Arbeitern so viel von dem Kraftzuwachs und dem Vortheil der Vereinigung vorgebet, daß er schließlich nicht mehr zurück konnte. Mittel zur Führung des Kampfes waren aber nicht vorhanden. In seiner Noth wandte sich Dr. Max Hirsch an die Fortschrittspartei, welche dann auch ca. 26,000 Thaler zur Unterstützung des Streiks aufbrachte.

in das Jahr 1857 hinein, doch konnte man schon etwas früher mit dem Bau beginnen, sodas bereits in dem genannten Jahre die erste Brückenhälfte in der Werkstatt fertiggestellt wurde. Im Jahre 1858 wurde dieser Theil montirt, im folgenden Jahre die Brücke vollendet und die Probelastungen vorgenommen. Die Einweihung fand am 3. Oktober 1859 statt. Wie erfolgreich die Bemühungen Weidmann's zur Erzielung genauer Arbeit gewesen waren, kam bei der Probelastung zur Geltung, bei der die bleibende Durchbiegung auf 100 Mtr. Länge nur 3 Mm. betrug.

Auf die Kölner Brücke folgten die großen Brücken bei Koblenz, Mainz und Kehl, später dann diejenigen im Gebiete des Niederrheins. Die von Hartwich erbaute Koblenzer Brücke ist die erste große mit Kämpfergelenken ausgestattete schmiedeeiserne Bogenbrücke; sie besitzt 3 Oeffnungen von 98 Mtr. Weite und 7,0 Mtr. Pfeilerhöhe. Die 4 Hauptöffnungen der Mainzer Brücke von 105 Mtr. Stützweite sind durch (Pantlische) Träger überspannt. Die Rheinbrücke bei Kehl ist besonders durch die Luftdruckgründung der Pfeiler bekannt geworden. Die ältesten schmiedeeisernen Brücken wurden in gewöhnlichen Kesselschmieden hergestellt; besondere Brückenbaustellen wurden erst Anfangs der 50er Jahre geschaffen. Von Werkzeugmaschinen war noch nicht viel die Rede, dagegen wurden Reibahlen, Klemmschrauben, Zugwinden u. dgl. ausgiebig verwendet. Als Bahnbrecher auf diesem Gebiete ist für Deutschland Johann Kaspar Hartort zu nennen, dessen Werkstätten zu Hartorten bei Hagen standen.

Der Einbau auf festen Rüstungen bietet nichts Besonderes Bemerkenswerthes; eher schon das Ueberstieben

Der Ausschuß der sozialdemokratischen Partei zu Braunschweig erließ damals einen Aufruf, worin es hieß: „Wir fragen nicht danach, ob Ihr die Grundsätze unserer Partei erkannt oder begriffen habt, wir fragen nicht danach, ob auch in Eure Seele schon die Begeisterung hineingehaucht ist für die ewig wahren, für die heiligen Prinzipien der Demokratie und des Sozialismus! Ihr seid Arbeiter, die mit den Feinden der Arbeit im Kampfe liegen, Ihr seid unsere Brüder: Das ist genug! Hier unsere Hand zur Hilfe!“

Lag Herrn Dr. Max Hirsch das Wohl der Arbeiter wirklich am Herzen, so mußte er die Hilfe annehmen, von wem immer sie geboten wurde. Die „unpolitischen“ Gewerksvereine lehnten diese Hilfe ab, der Streik ging in Folge mangelnder Mittel verloren; trotz allen Bittens und Flehens des Herrn Dr. Max Hirsch blieben die Kapitalisten unerbittlich. „Ende Januar 1870“, schreibt Dr. Max Hirsch, „war alles vorbei“.

Nach dem Muster der englischen Trades Unions wollte Dr. Max Hirsch die deutschen Arbeiter organisieren. Nun wohl! Die englischen Arbeiter haben auch Niederlagen zu verzeichnen gehabt, weil sie anfänglich Streiks ohne genügende Mittel begannen. Aber im Krieg lernten sie den Krieg! Die verlorenen Kämpfe waren für sie eine Lehre, daß sie sich zum abermaligen Angriff besser rüsten mußten. Und das war die Ursache ihrer späteren Erfolge!

Was lernten Dr. Max Hirsch und seine Freunde aus der Waldenburger Niederlage? Diese erste Schlappe war ihnen so in die Glieder gefahren, daß sie für alle Zeiten auf einen ernstlichen Kampf mit den Kapitalisten Verzicht leisteten. In Folge dessen fielen die Arbeiter in Schaaren ab, die Mitgliederzahl der Gewerksvereine sank rapid von 30,000 auf 10,000.

Um bei den Fabrikanten wieder zu Gnaden aufgenommen zu werden, gab Dr. Max Hirsch in einem Erlaß vom 23. April 1871 öffentlich und feierlich die Erklärung ab: „daß die deutschen Gewerksvereine, weit entfernt, Arbeitseinstellungen zu provozieren, dieselben vielmehr auf alle Weise zu erschweren und zu verhüten suchen werden.“

Mit dieser Erklärung war das Schicksal der Gewerksvereine als Organisationen zur Hebung der Lage der Arbeiterklasse besiegelt; um seine Gewerksvereine am Leben zu erhalten, wandelte Dr. Max Hirsch dieselben immer mehr in Unterstützungsvereine um. Nationale Kranken- und Begräbniskassen wurden gegründet und später nach Inkrafttreten des Hilfskassengesetzes in eingeschriebene Gewerksvereins-Hilfskassen umgewandelt. Rechtschutz-, Reise- und Ueberfieberungs-Beihilfe, fakultative, in neuerer Zeit obligatorische Arbeitslosenunterstützung wurden eingeführt. Durch dieses Unterstützungssystem und zum Theil wiederum durch die Beihilfe von Arbeitgebern und Werkmeistern gelang es Herrn Dr. Max Hirsch, nach und nach wieder einen größeren Theil der Arbeiter für seine Gewerksvereine einzufangen. (Schluß folgt.)

fertiger Brückenkörper, das insbesondere bei durchgehenden Trägern und großer Pfeilerhöhe beträchtliche Ersparnisse gewähren kann. Auf diese Weise ist z. B. die schon erwähnte Rheinbrücke bei Kehl aufgestellt. Schwieriger und lehrreicher wird die Aufgabe, wenn die Brücke in Folge örtlicher Umstände am Ufer zusammengebaut und fertig eingefahren und auf die Pfeiler gehoben werden muß. Dies war u. A. der Fall bei der Britanniabrücke und bei der Koblenzer Rheinbrücke. Bei der letzteren machten die Verhältnisse des Flußgrundes und der Schifffahrt eine feste Rüstung unmöglich. Man baute daher am Rheinufer ein Gerüst in den Fluß hinein, das einen Längskanal und 4 Querkänäle hatte. In diesem Gerüst wurden die Brückenträger soweit fertiggestellt, daß ein jeder aus nur 2 getrennten Halbhogen bestand, die auf verkuppelten Schiffen durch die Querkänäle an Ort und Stelle gebracht und dort auf die Pfeiler bezw. eingebaute Mittelgerüste niedergelassen wurden. Die ersten Halbhogen der linken Oeffnung wurden am 29. September 1863 eingefahren und die letzten Hogen der Mittelöffnung am 20. Januar 1864 von den Rüstungen abgehoben; am 9. Mai 1864 wurde die Brücke dem Betriebe übergeben. Bei Einbau fester Rüstungen wäre eine auch nur annähernd so schnelle Aufstellung nicht möglich gewesen. Eine vierte Art der Aufstellung, der Bau des Brückenträgers vom Pfeiler aus ohne Rüstungen kam bei der Errichtung der Thalbrücke von Münstern zur Anwendung. gr.

### Erste Hilfe bei Unfällen durch Verbrennen, Quetschen oder Bruch eines Gliedes.

Die Rathlosigkeit, mit welcher der Laie in den weitaus meisten Fällen einem sich plötzlich ereignenden Unfälle gegenübersteht, läßt es geboten erscheinen, immer wieder darauf hinzuweisen, was zu thun ist, um durch eine verständige Behandlung des Verletzten gleich nach der Verwundung einer Verschlimmerung seines Zustandes vorzubeugen, bis ein Arzt seine Behandlung übernehmen kann.

Die in den Betrieben der Metallindustrie am meisten vorkommenden Verletzungen bestehen in Brandwunden, die am häufigsten durch das Feuer direkt oder durch unwillkürliche Berührung mit glühendem oder geschmolzenem Metall entstehen. Auch Verbürungen durch heißen Dampf oder Wasser kommen häufig vor, und sind die Begleiterscheinungen ähnlich wie beim leichten Verbrennen durch Feuer. Weniger häufig treten Verbrennungen im Umgang mit Säuren ein, doch sind gerade diese Verletzungen in Folge der ätzenden Wirkung der Säure besonders sorgfältig zu behandeln.

Man unterscheidet 3 Stadien der Verbrennung, eine lebhaftere Röthung der Haut, Blasenbildung oder in den schwersten Fällen Verkohlung der Haut. Die Haut unseres Körpers spielt im Stoffwechsel eine wichtige Rolle, indem durch ihre zahllosen Poren der Ausgleich verdorbener Stoffe aus dem Körper gegen gesunde, reine Luft vermittelt wird. Tritt nun an einem Theil der Hautoberfläche unseres Körpers durch Verletzung oder auch nur geringe Veränderung des normalen Zustandes der Haut eine Störung dieses Stoffwechsels ein, so ist es klar, daß der Gesamtorganismus um so schwerer darunter zu leiden hat, je größer die verbrannte Fläche des Körpers ist, ja sobald dieselbe ca. 2/3 der gesamten Körperoberfläche einnimmt, ist der Verletzte dem sicheren Tode verfallen, weil eine Vergiftung des Blutes durch Ueberfüllung an Kohlenäure eintritt, die durch die Haut nicht mehr abgeführt werden kann.

Die erste Hilfe beim Verbrennen durch helles Feuer hat in Erstüfung der Flamme zu bestehen, wenn die Kleider des Verletzten brennen oder glimmen. Durch Bedecken mit Tüchern ist dies schnell zu bewirken. Auch durch Hinwerfen und Wälzen des Verletzten auf weichem sandigen Fußboden, wie er in Viehereien zu finden ist, kann man die Flammen ersticken, nur muß das Niederwerfen mit der nöthigen Vorsicht geschehen, damit der Verletzte nicht noch weiteren Schaden an seinen Gliedmaßen nimmt. Alsdann legt man so vorsichtig und schnell als möglich die verbrannten Hautstellen frei, indem man die Kleider an den Brandstellen mit Messer oder Schere abschneidet. Kleben Stoffsachen auf der Haut fest, so dürfen dieselben unter keinen Umständen entfernt werden, denn jede Berührung der von der Haut ganz entblößten Stellen mit der atmosphärischen Luft, hat für den Verletzten große Schmerzen zur Folge, es bieten also die auf der Haut festhängenden Stoffe für den Leidenden immerhin einen gewissen Schutz gegen Berührung seiner Schmerzen. Die großen Schmerzen lindert man durch Bestreichen der verletzten Stellen mit Brandjaube, welche in jeder Apotheke sofort zu haben ist, und die man auch in jeder Werkstätte, wo etwaige Verletzungen möglich sind, zur Hand haben sollte. Gute Dienste leistet auch eine Mischung von Kaltwasser und Leinöl zu gleichen Theilen. Haben sich Blasen gebildet, so dürfen dieselben nicht aufgestochen werden, überhaupt sind alle Eingriffe, die nur einem Arzt zukommen, zu unterlassen. Man bedeckt die Brandwunde mit Watte, die vorher mit reinem Del getränkt wird, und befestigt dieselbe mit einer Binde nicht zu fest und recht vorsichtig. Bei größeren Verbrennungen tritt gewöhnlich sehr schnell eine Abnahme der Körpertemperatur ein, es ist deshalb dem Verletzten etwas Cognac oder starker Wein zu reichen. Die Reinigung und weitere Behandlung der Wunde ist dem Arzt zu überlassen, für dessen Herbeischaffung selbstverständlich zuerst und schnellste Sorge zu tragen ist.

Obwohl häufig, vielleicht sogar noch öfter, treten Verletzungen durch Quetschung ein. Sie sind in der Regel recht schmerzhaft und auch meist gefährlicher als Schnittwunden, die mit ihren glatten Wundflächen leichter und schneller heilen und bei denen auch die Abführung aller eitrigen und wässrigen Entzündungen schnell und sicher direkt nach außen erfolgt. Bei Quetschungen haunt sich in den gequetschten Gewebetheilen und Muskeln das Blut und übert in Folge dessen seine chemische Zusammensetzung. Dieser Vorgang ist an der dunkelblauen Färbung der Haut an der verletzten Stelle zu erkennen. Leichte Quetschungen bedürfen keiner ärztlichen Behandlung, doch

erfordern schwerere Unfälle dieser Art eine sofortige Untersuchung durch den Arzt. Ist der Verletzte transportfähig, so schafft man ihn sofort in seine Wohnung oder Krankenhaus und lagert ihn dort bis zur Ankunft des Arztes so, daß die gequetschte Körperstelle möglichst hoch liegt, weil dadurch der Blutandrang nach der leidenden Stelle gemildert wird. Engende Kleidungsstücke sind zu öffnen und ein Befühlen und Drücken der Quetschung mit den Händen zu unterlassen. Ist bei der Quetschung eine offene, stark blutende Wunde entstanden, so ist festzustellen, ob dabei eine Puls- oder nur eine Blutader getroffen worden ist. Man erkennt das an der Farbe des Blutes und auch an der Art wie dasselbe aus der Wunde fließt. Das Blut der Blutadern ist dunkel gefärbt und dickflüssiger, fließt in Folge dessen auch langsamer. Ist dagegen eine Pulsader getroffen, so ist das Blut lebhaft hellroth und schießt meist in kräftiger Wallung aus der Wunde, oft sogar spritzt es als Strahl heraus. Im letzteren Falle muß die Ader schnellstmöglich unterbunden werden. Man wählt dazu eine geeignete zugängliche Stelle in der Nähe der Verletzung und zwar zwischen derselben und dem Herzen, und komprimirt die Ader, indem man die gewählte Stelle so straff als möglich mit einer Binde umwickelt oder mittelst eines Gummigürtels abschneurt, wodurch ein fernerer Ausfluß des Blutes verhindert wird. In solchen schweren Fällen ist für einen Arzt schnellstens Sorge zu tragen, denn länger als drei Stunden darf die Pressung einer Ader nicht anhalten, weil sonst der abge schnürte, fast blutleere Körperteil brandig wird.

Besteht die Verletzung im Bruch eines Knochens, so muß vor allen Dingen ein guter Stützverband angelegt werden. Hierzu kann im Nothfall der erste beste geeignete Gegenstand, wie ein Stück Latte, Brett, Hammer- oder Schaufelstiel, Spazierstock u. dergleichen werden. Es ist aber dringend anzurathen, nur dann einen Stützverband anzulegen, wenn der Betreffende genau damit Bescheid weiß und vielleicht als Samariter ausgebildet worden ist. Ist man hierin vollständig Laie, so unterläßt man besser jeden Eingriff und thut am besten, den Verunglückten so schnell als möglich nach der nächsten Heilanstalt zu befördern und zwar auf einer Tragbahre, die ja gewöhnlich schnell zu beschaffen ist. Auch hier hat man wieder zu beachten, daß das verletzte Glied hoch liegen muß, um Blutandrang an der Bruchstelle zu vermeiden. Wiegen und Schaufeln der Bahre beim Tragen ist zu unterlassen, die Träger dürfen deshalb nicht im Schritt gehen, dann hängt die Tragbahre am ruhigsten. Bei Verletzung der Augen darf nur der Arzt eingreifen.

Bei Verletzung durch Säuren, gleichviel ob innerlich oder äußerlich, reicht man bei innerlicher Verletzung dem Kranken schwache Lauge aus Seifen- oder Sodawasser zum Trinken. Auch äußerlich empfiehlt sich die Behandlung der Wunde mit dem gleichen Mittel.

Vor allen Dingen sei man bei Eintritt eines Unfalles besonnen, nicht den Kopf zu verlieren, wie das namentlich bei schweren Unfällen dem Laien nur zu oft passiert, sondern greife sofort helfend ein und merke sich zu dem Zweck das, was wir in vorstehenden Zeilen für die einzelnen Fälle anrathen.

### „Deutsche Klempnerztg.“

### Erste Konferenz des Verbandes deutscher Arbeitsnachweise.

München, 27. Sept. 1898.

Der Verband deutscher Arbeitsnachweise hielt heute hier seine erste Konferenz ab, hatte aber nicht nur seine Mitglieder dazu eingeladen, sondern den weiten Kreis von den Vereinen und Körperschaften, die sich für die Institution der Arbeitsnachweise interessieren. So war denn der Saal des alten Münchener Rathhauses heute früh bei Eröffnung des Kongresses dicht gefüllt. Auch die Gewerkschaften Münchens hatten mehrere Vertreter, unter ihnen den Arbeiterdirektor Johannes Linn, einwandig; aus Frankfurt a. M. war ein sozialdemokratischer Delegirter in Person des Mitgliedes der Aufsichtskommission des Arbeitsnachweises, Ernst Domine, anwesend. Unter den sonstigen Gästen sei ein Vertreter des Herrn v. Berlepsch, der in bekannter Weise seinem Händeln von den Regierungsgewaltigen sein sozialpolitisches Herz erweist, genannt.

Den Vorsitz führte der Vorsitzende des Berliner Zentralarbeitsnachweises Herr Dr. jur. Rich. Freund-Berlin. Er begrüßte die Vertreter der Regierungen, insbesondere den bayerischen Minister des Innern Herrn v. Feilitzsch und den Vertreter des brennenden Ministers für Handel und Gewerbe Herrn Regierungs-Referent Raumann und sprach dann einige Worte über die Bedeutung der Arbeitsnachweise. Er betonte den unparteiischen Charakter der Arbeitsnachweise, der unbedingte Gehalt bleiben müsse, sowohl den Arbeitgebern gegenüber wie den Arbeitnehmern. Mit einem andernfallsigen Protest gegen den neulich beschlossenen Arbeitgeberverband in Leipzig, daß der Arbeitsnach-

weis allein den Arbeitgebern zu unterstellen sei, schloß er seine Ausführungen.

Minister v. Feilitzsch sprach Namens der Regierung dem Verbands der Arbeitsnachweise und seinen Bestrebungen das größte Interesse aus, was ihn aber nicht hinderte, den Kongress, nachdem er kaum ein Stündchen zugehört hatte, zu verlassen.

Nachdem noch das Münchener Stadtoberhaupt den Kongress begrüßt hatte, trat dieser in die Tagesordnung ein. Der erste Punkt: Geschäftliche Mittheilungen, wurde einmorgentagenden Versammlung, an der nur Verbandsmitglieder Theil nehmen, vorbehalten.

Zum 2. Punkt der Tagesordnung: Was können die Arbeitsnachweise dazu beitragen, der Landwirtschaft Arbeitskräfte zu erhalten und zuzuführen? sprachen zunächst drei Referenten.

Der erste Referent, Rath Dr. Raumann aus Hamburg, hielt ein Referat, das unsere Junker jedenfalls mit Begeisterung angehört hätten. Er stellte es sozusagen als die Hauptaufgabe der städtischen Arbeitsnachweise hin, die Noth an landwirtschaftlichen Arbeitern beseitigen zu helfen. Er bestritt eigentlich, daß es den Arbeitern auf dem Lande schlechter gehe als in den Städten, meinte, die Wohnungen auf dem Lande seien im Gegentheil besser, als die Schlafstellen in der Stadt. Als Hauptursache des Abzuges der Arbeiter vom Lande nach der Stadt mußte er aber doch den Aufschwung der Industrie und den Niedergang der Landwirtschaft anführen. Ginge es der Landwirtschaft besser, so werde sie ihren Arbeitern auch mehr bieten. Es müßten also politische Maßnahmen getroffen werden, welche der Landwirtschaft einen Aufschwung zu verleihen geeignet sind. Er berief sich dabei auf den Fürsten Bismarck, der einmal den Hamburger Handelsherren gesagt habe, sie sollten stets bedenken, daß Handel und Industrie ohne eine gesunde Landwirtschaft nicht zur Blüthe gelangen können. Seine Ansichten legte er in folgenden Theilen nieder:

1. Es empfiehlt sich, die Vermittlung von Arbeitskräften für die Landwirtschaft in den Geschäftskreis der Arbeitsnachweise aufzunehmen und soweit das schon geschehen ist, weiter auszugestalten. Für landwirtschaftliche Arbeiten sind vorzugsweise vom Lande zugezogene gelernte landwirtschaftliche Arbeiter auszuwählen. Zu vorübergehender Thätigkeit auf dem Lande können unter besonderen Verhältnissen auch städtische ungelernte Arbeiter verwendet werden.

2. Bei der Vergabung von Arbeit in den Städten die Einkommenden vor Zuziehenden grundsätzlich zu bevorzugen.

3. Der Presse, insbesondere den Lokalfaltären der näheren Umgebung die Ueberfüllung des Arbeitsmarktes in einzelnen Gewerben rechtzeitig mitzutheilen, um übermäßigen Zuzug einzuschränken.

4. Zur Ausgestaltung der landwirtschaftlichen Vermittlung eine Verbindung mit den Behörden, landwirtschaftlichen Vereinen und Arbeitsnachweisesstellen der näheren Umgebung anzustreben.

Der zweite Referent Bürgermeister Thoma aus Freiburg im Breisgau konstatierte als Grund für die Arbeiternoth auf dem Lande die Thatsache, daß in der Stadt bessere Löhne gezahlt werden. So lange der Bauer seine eigenen Söhne und Töchter in der Stadt dauernde Arbeit suchen lasse und sich während der Saison mit ein paar Arbeitern, die er auf Zeit engagire, begnüge, weil er materiell besser dabei fahre, so lange werde dieser Arbeitermangel bestehen. Die Arbeitsnachweise könnten wenig dazu thun, denn kein Anspruch ein ländlicher Arbeiter die Vermittlung des Nachweises, so könne er nicht abgewiesen werden. Höchstens von gewissenhafter Unterstützung mit den städtischen Arbeitsnachweisen nicht von der Hand weisen.

Der dritte Referent war der Vertreter der Landwirtschaftskammer für die Provinz Sachsen, Herr Dr. Treuter-Palle. Dieser vertrat sich nur von Arbeitsnachweisen unter sachkundiger Leitung Nutzen für die Landwirtschaft. Sollten also die städtischen Nachweise ursprünglich für das Land arbeiten, so müßte in ihnen ein landwirtschaftlicher Sachverständiger sitzen. Die Landwirtschaftskammern hätten eigene Arbeitsnachweise errichtet, mit denen sie ganz zufrieden seien, die aber nur von Arbeitgebern geleitet werden. Immerhin wolle er eine Verbindung dieser landwirtschaftlichen mit den städtischen Arbeitsnachweisen nicht von der Hand weisen.

Die Freunde des Herrn Raumann wollen nun dessen Theilen in Form einer Resolution von dem Kongress zum Beschluß ergoßen werden, auf Wunsch des Vorsitzenden und des Herrn v. Berlepsch, der auf die Zufälligkeit der Zusammenkunft des Kongresses hinwies, unerwähnt aber eine Abstimmung. Der Ausschuss des Verbandes der Arbeitsnachweise wird die Theilen als Anregungen betrachten und sie bei Gelegenheit prüfen.

Die Diskussion getratete sich recht lebhaft. Begeordneter Dr. Kapler-Worms verwarf jedes Mittel, das über die Natur der Arbeitsnachweise hinausgehe. Schon das Zureden, wieder aufs Land zurückzugehen, vertrage sich nicht mit der Natur eines Arbeitsnachweises. Die Bevorzugung Einheimischer werde an dem Widerstand des Unternehmertums scheitern, das einen möglichst großen Arbeitsmarkt haben wolle.

Dr. Max Girsch-Berlin trat für Beibehaltung der von den Arbeitern gegründeten Arbeitsnachweise ein, namentlich für gelernte Arbeiter seien diese unerlässlich, das Ideal seien von Arbeitgebern und Arbeitnehmern gemeinsam geleitete Arbeitsnachweise. Nur die in Deutschland obwaltenden Verhältnisse hätten das Bedürfnis nach den städtischen Arbeitsvermittlungskammern wachgerufen. Die Vorbildung für die Vermittlung des Abzuges der Arbeiter vom Lande nach der Stadt sei, daß auf dem Lande Löhne gezahlt würden, mit denen der Arbeiter existiren könne. Mit der Erhöhung des Lohnes steige die Arbeitsleistung, es sei also gar nicht wahr, daß die Landwirthe nicht höhere Löhne zahlen können. Der Staat könne vielleicht insofern etwas thun, als er die Arbeiter aus absterbenden Gewerben, wie der Handweberei, wo ein Lohn von nur 6 M die Regel sei, zur Landwirtschaft zuführe.

Herr v. Gerst, Vertreter der hauer Landwirtschaftskammer, vertrat die Ansicht, daß die Zustände auf dem Lande gar nicht schlechter seien, als in den Städten. Auf dem Lande gebe es keine Arbeiter, die frieren oder hungern. Aber der Geist der Unbotmäßigkeit sei unter die

Leute gefahren, die Vergnügungssucht sei zu groß. Hier ermache dem Herrn (1) eine dankbare Aufgabe, den ländlichen Arbeiter vor den Lockungen der Sünde in den großen Städten zu bewahren.

Professor Bördel, Vertreter der Sachsenstiftung, ging von dem richtigen Gesichtspunkte aus, daß der Militarismus nicht nur vorübergehend, sondern dauernd der Landwirtschaft die besten Arbeitskräfte entziehe. Er verlangte aber folgerichtig nicht die Abrüstung, sondern glaubte, daß schon viel geholfen wäre, wenn Lieutenants und Unteroffiziere in der Instruktionstunde den Mannschaften die Segnungen des Landlebens vor Augen führten.

Dominik-Frankfurt führte aus: Weisheit sei keine Eigenschaft unserer Landwirthe. Sie klagen über Leutenoth, wollten aber keinen Lohn zahlen. Mit Belehrung werde man die Arbeiter nicht vom Zuge nach der Stadt abhalten können, denn sage man ihnen die Wahrheit, so müßte man ihnen eben sagen, daß es in der Stadt für sie besser ist. Auch von den Instruktionshunden beim Militär verpöbele er sich nichts, denn es könne vorkommen, daß ein Lieutenant sehr wenig von den ländlichen Verhältnissen verstehe, selbst, wenn er ein Sohn eines Gutsbesizers sei. Er schildere aber ein Unteroffizier den Leuten die richtigen Verhältnisse auf dem Lande, so werde der Soldat sagen: „Der Unteroffizier, warum sind Sie denn beim Militär geblieben und nicht nach dem Lande zurückgekehrt? Und der Unteroffizier werde sagen müssen, weil es mir als Unteroffizier besser gefällt wie als Ochsenknecht. (Gelächter.) Er meine, die Arbeitsnachweise könnten in der beregten Frage sehr wenig thun und den Landwirthen nur sagen: Bezahlt, dann werdet ihr auch Arbeiter bekommen!

Gründe, Vertreter der brandenburgischen Landwirtschaftskammer, empfahl, die Arbeiter durch Gewährung eines kleinen Eigenthums an die Scholle zu fesseln, ihnen auch ein bißchen Selbstverwaltung einzuräumen.

Schirmer als Vertreter der katholischen Arbeiter Männers forderte höhere Löhne und bessere Behandlung für die Landarbeiter. Mit der Bevorzugung der einheimischen Arbeiter bei der Arbeitsvermittlung sei er einverstanden.

Kaich-München, Delegirter des Gewerkschafts-Vereins, sprach sich gegen diese Bevorzugung aus, denn was sei einheimisch. Gar viele Arbeiter könnten das Heimathrecht in den Städten nach 20jähriger Anwesenheit nicht erlangen, weil es zu theuer sei. Er verlange volle Koalitionsfreiheit für die ländlichen Arbeiter, dann würden sie aus sich heraus schon zu besseren Lohnbedingungen kommen. Der landwirtschaftliche Großbetrieb habe sich sozuzunehmen schon zum industriellen Betrieb entwickelt. Den neuen Verhältnissen müsse Rechnung getragen werden. Der Arbeiter habe aber kein Koalitionsrecht, dafür besitze der Arbeitgeber das Züchtigungsrecht. So lange solche Zustände herrschen, dürfe man sich nicht wundern, wenn der Arbeiter nach der Stadt gehe, wo er sich als freier Mensch fühle.

Damit war dieser Punkt erledigt.

Des Weiteren unterhielt man sich über Arbeitsnachweisstatistik. Referenten waren die Herren Dr. Leichter-Frankfurt a. M. und Jaström-Berlin. Beide hoben die hohe Bedeutung einer guten Statistik des Arbeitsmarktes für alle Interessenten hervor und ersuchten um Erleichterung der statistischen Aufnahmen durch die Arbeitsnachweise bei der Geschäftsführung.

Stadtrath Berg hauf-Röhl nahm in der Diskussion Gelegenheit, noch einmal gegen die Neußerung des Arbeitgeberverbandes zu Gunsten der Arbeitgeberseite zu protestiren. Die Herren, die da in Leipzig zusammen gekommen seien, waren Vertreter der Großindustriellen. Trotzdem hätten sie auch im Namen des Kleingewerbes gesprochen. Die Gewerbevereine, deren Vorsitzender er, Röhl, sei, ständen nicht auf diesem Standpunkte. Er bedauere, daß die Herren Großindustriellen den geltenden Umständen der gemeinnützigen Arbeitsnachweise gehorcht und gehorchen hätten. Die Hinzuziehung der Arbeiterseite habe sich überall trefflich bewährt. Er möchte in Köln von den Arbeitnehmern keinen einzigen hören.

Der nächste Punkt betraf die Frage der Gebührenfreiheit bei der Arbeitsvermittlung. Der Reichsrath Geh. Finanzrath Fuchs-Karlruhe war warm für die Gebührenfreiheit ein und auch in der Diskussion wurde die Gebührenfreiheit befürwortet, ausgenommen sei die Erhebung von Gebühren jedenfalls für die Arbeiterseite.

Da die Zeit des Festhaltens genommen war, fielen die weiteren Punkte der Tagesordnung unter den Tisch.

Sturm-München bedauerte das im Namen kommunistischer Mitglieder der Gewerkschaften. Man möge in Zukunft den Arbeitern mehr Zeit und dem Vergnügen etwas weniger Zeit widmen.

Der Vorsitzende bedauerte dieser Anregung im nächsten Jahre zu folgen und schloß mit den üblichen Dankesworten den Kongress.

München, 28. September.

Die Mitglieder des Verbandstages traten am heutigen Vormittag zwischen 8 und 10 Uhr fast vollständig dem hiesigen Arbeitsamte einen Besuch ab und unterzogen unter Führung des Leiters des Arbeitsnachweises Inspektor Hartmann alle Einrichtungen und Räumlichkeiten einer eingehenden Besichtigung. Von allen Besuchern wurde einstimmig anerkannt, daß das Münchener Arbeitsamt allen andern, den gleichen Zweck verfolgenden Anstalten nach jeder Richtung hin als Muster dienen könne. Um 10 Uhr traten der Ausschuß des Verbandes und die Delegirten der Verbände zu einer geschlossenen Beratung zusammen, um zu den gestern erledigten Punkten der Tagesordnung definitive Stellung zu nehmen. Bezüglich der Frage der Beschäftigung ländlicher Arbeitskräfte wurde nach kurzer Debatte folgender Antrag Gleich-Frankfurt angenommen: „Die Verbandssammlung überweist dem Verbandsausschuß die Frage des landwirtschaftlichen Arbeitsnachweises zur weiteren Ermägung und ersucht denselben, hiebei auch den Inhalt der von den Herren Dr. Mannmann und Dr. Tremer beantragten Resolutionen im Auge zu behalten und die Frage beim kommenden Verbandstag wieder zur Verhandlung zu bringen.“ — Bezüglich der Arbeitsnachweis-Statistik und bezüglich der Gebührenfreiheit bei der Arbeitsvermittlung wurde ebenfalls Beschluß gefaßt, daß der Ausschuß der Sache näher treten, Gutachten von Fachleuten und von Verbänden einholen, dem nächsten Verbandstage Bericht erstatten und

eventuell Vorschläge unterbreite. — Die von Stoll-Königsberg gemachte Anregung, daß eine Verbindung zwischen den Gewerbevereinen und Arbeitsämtern anzustreben sei, wird vom Verbandsausschuß in Ermägung gezogen werden.

Der Vorstand des Verbandsausschusses wurde per Akklamation einstimmig wiedergewählt. Die von einigen außerdeutschen Arbeitsnachweisstellen (z. B. von Meichenberg, Graz etc.) gewünschte Aufnahme in den Verband ist nach den Statuten nicht zulässig. Dagegen werden jenen Arbeitsnachweisstellen des Auslandes, die solches wünschen, die Verbandsmittheilungen zugesandt werden, auch werden diese Stellen eingeladen, an dem Verbandstage ohne Stimmrecht Theil zu nehmen. Am Schluß der Delegirten-Versammlung stattete Geh. Oberfinanzrath Fuchs-Karlruhe dem Vorsitzenden des Verbandes Dr. Freund den Dank der Versammlung für die umfängliche Leitung der Geschäfte ab.

Aus Oesterreich.

Wien, den 1. Oktober.

Die Ernennungen für das arbeitsstatistische Amt, über welches wir schon seinerzeit ausführlich berichteten, sind erfolgt und hat der Handelsminister diese Ernennungen, soweit sich dieselben auf die Arbeiterseite beziehen, im Einverständnis mit der Gewerkschaftskommission vorgenommen. Der Arbeitsrath besteht aus 8 Unternehmern, 8 Arbeitern und 8 Fachmännern. Unter den vom Minister ernannten Arbeitern befinden sich 6 Sozialdemokraten und 2 Christlichsoziale. Es wird sich ja schon in kürzester Zeit erweisen, ob die Regierung ernstlich gewillt ist, dafür zu sorgen, daß aus der Arbeitsstatistik in Oesterreich etwas Vernünftiges werden soll, und fallen im Hinblick hierauf dem Arbeitsamte sehr wichtige Funktionen zu. Die konstituierende Sitzung des Arbeitsrathes fand am 25. September statt.

Wie gewohnter Schnedenpostgeschwindigkeit des österreichischen Bureaunkrampfes bringt das Ministerium des Innern erst jetzt den Bericht über die Ergebnisse der Arbeiterunfallversicherung im Jahre — 1896. In Folge des Umstandes, daß eine ganze Reihe von gefährlichen Industriegruppen in die Unfallversicherung mit einbezogen wurden, wie: sämtliche Eisenbahn- und Telegraphenbedienstete, die Arbeiter der Baggerarbeiten, der Unternehmungen, welche sich gewerbmäßig mit der Reinigung von Häusern und Straßen betreiben, die Angeestellten der Feuerwehren, die Kaminfeger, Kanalarbeiter, Steinmetze, Brunnennmacher und Eisenkonstruktoren, stieg die Zahl der gegen Unfälle versicherten Personen in gewerblichen Betrieben seit dem Jahre 1890, wo die Unfallversicherung begonnen, um Zweidrittel, die versicherte Lohnsumme auf das Doppelte. Gegen Unfälle im Gewerbebetriebe sind 1.974.644 Personen — gegen 1.977.194 im Jahre 1895 — versichert gewesen. Davon entfallen drei Viertel auf den Gewerbebetrieb und ein Viertel auf die Landwirthschaft. Von den im Gewerbe und Handel versicherten Arbeitern waren 76,2 Proz. Männer und 23,7 Proz. Weiber. Die meisten Unfälle ereigneten sich in den Bergwerken, wofür auf je 10.000 Arbeiter 1758 Unfälle kommen, so daß jeder achte, beim Eisenbahnbetrieb jeder zwanzigste Angehörte einen Unfall. Bemerkenswert im höchsten Grade ist der Umstand, daß die überaus große Mehrzahl der von einem Unfall Betroffenen keine Entschädigung erhalt. Die Zahl der Unfälle betrug in dem genannten Jahre 64.763, hiervon hatten 929 einen tödtlichen Ausgang. Von den 64.763 verunglückten Arbeitern erhielten nur 15.544, das ist 23,6 Prozent, eine Entschädigung. Die Entschädigung betrug im Durchschnitt für die Familien der Hinterbliebenen 238 Gulden für die Arbeiter, die bei einem Unfall mit dem Leben davon kamen fl. 84,22 pro Jahr, d. i. 22 Proz. des Jahresverdienstes. Interessant sind auch die Aufschlüsse über die Lohnverhältnisse der Versicherten. Nach dem Berichte betragen die Löhne, die in Oesterreich an die Versicherten bezahlt wurden und der Berechnung der Versicherungsgebühr sowie der Entschädigung zu Grunde lagen, 474 Millionen Gulden gegen 437 Millionen im Vorjahre. Davon entfielen 470 Millionen auf Industrie und Gewerbe und nur 3,5 Millionen auf die Landwirtschaft. Offenbar ist die Thatsache, daß der durchschnittliche tägliche Verdienst eine auffällige Steigerung aufweist, das Steigen der Arbeitslöhne ist wohl eine Folge der wachsenden Lebensmittelpreise und wie der amtliche Bericht ausführt, der „harter“ Gewährung der gewerkschaftlichen Forderungen der Arbeiterseite. Der durchschnittliche Arbeitsverdienst betrug bei den versicherten gewerblichen Betrieben fl. 1,24 gegen fl. 1,21 im Vorjahre. Die höchsten Löhne weisen die Eisenbahner auf, die pro Tag einen durchschnittlichen Arbeitsverdienst von fl. 1,84 — also 60 fr. über den Gesamtdurchschnitt — haben. Die niedrigsten Löhne besitzen die Terralarbeiter, durchschnittlich 92 fr. für den Tag, also um 32 fr. weniger als der Gesamtdurchschnitt. So ziemlich die Mitte zwischen diesen beiden Gruppen hatten die Bauarbeiter mit einem durchschnittlichen Tageslohn von fl. 1,16. Am Wichtigsten für die Arbeiter ist, daß die Regierung in ihrem Berichte unzweideutig auspricht, sie sei nicht willens, den Forderungen der Unternehmer nach Verschärfung der Unfallversicherungen zu entsprechen, was die österreichischen Ausbeuterklauen zu einem Wuthgeschrei auslöste und zur Kündigung ihrer Lokalität und ihres Patriotismus veranlaßte. In diesem Gehässigkeit der Regierung wird aber die von der österreichischen Arbeiterseite gegen die Pläne der Unternehmer in Szene gesetzte Aktion nicht ganz unbedeutend sein.

Ein Fall ausgebrochener Klassenjustiz ereignete sich dieser Tage in Prag. Ein Arbeiter ist von einem Fabrikanten erdrossen worden und der Mörder wurde freigesprochen. Der Arbeiter, den alle als braven, ruhigen Menschen schildern, war an dem Tage betrunken und haderte mit seinem Vater, der gleich ihm als Arbeiter in einer Ziegelei nicht Braug beschäftigt war. Der Unternehmer läßt, da er das Geld für am Hofe hört, mit dem Werkmeister hinaus und läßt den Betrunkenen damit zu beschuldigen, daß er ein Stück Holz nimmt und auf ihn losschlägt. Der Arbeiter geräth dadurch in verhärtete Wuth und wendet sich gegen den Angreifer. Der Fabrikant eilt davon, aber nicht um sich zu flüchten, sondern um einen Revolver zu holen. Nicht in Nothwehr handelte er, denn er war in Sicherheit. Es fiel der Schlag und der Arbeiter sank zu Tode getroffen nieder. . . . Der Mörder ist freigesprochen worden

und kein Mafel steht fürder an seinem Namen. Gerechtigkeit ist die Grundlage des Staates, aber solche Gerechtigkeit, die den Arbeitermörder freispricht, ist die Grundlage des Klassenstaates.

Die Industrie müsse zu Grunde gehen, wenn nicht die Lasten der Arbeiterversicherung und der sozialen Reform beseitigt werden, ist auch ein von unseren Ausbeutern sehr beliebtes Schlagwort. Dieses Schlagwort wird gerade wieder sehr häufig gebraucht und erreicht es nicht uninteressant, die Pöhlheit dieser erbärmlichen Lüge an der Hand einiger Ziffern zu widerlegen. Die Prager Eisenindustrie-Gesellschaft hat vor wenigen Tagen ihre Bilanz veröffentlicht. Danach lieferte das Geschäftsjahr 1897/98 einen Reinertrag von 2.687.217 fl., um 354.459 fl. mehr als das Vorjahr. Die Dividende beträgt 88 fl. per Aktie oder neunzehn Prozent, während weitere 968.819 fl. oder 22 fl. per Aktie in den Reservefond gelegt, 412.898 fl. oder 10 fl. per Aktie zu Abschreibungen verwendet worden; der Ertrag der Aktionäre ist also in Wirklichkeit 85 Prozent, überdies werden 216.098 fl. als Zantime unter 15 Personen vertheilt. Angesichts solcher Ziffern zeigt es von einer vermögenden Stechheit, wenn die Gesellschaft gegenüber den Forderungen ihrer Arbeiter in einer rückwärtslosten ablenkenden Haltung verbleibt. Die Prager Eisenindustrie-Gesellschaft gehört mit der Alvinen Montange-Gesellschaft zu den rückwärtslosten Ausbeutergesellschaften Oesterreichs und ist der ungeheuer große Gewinn hauptsächlich den Arbeitern herausgepreßt und lebt an jedem einzelnen Pfennig Arbeiterblut. Ein jedes Mitglied des Verwaltungsrathes erhält dafür, daß es einmal des Monats sich eine Stunde lang im Rehnjessel herumwälzt 15.000 fl. jährliche Zantime, genau so viel als ein Arbeiter durchschnittlich in sechzehn Jahren bei dieser Gesellschaft an Lohn erhält.

Vom sozialen Kriegsschauplatz ist speziell in der Metallindustrie nicht wenig zu melden, das heurige Jahr scheint ein an Streiks weniger geeignetes werden zu sollen. In den Bergarbeiterrevieren gähr es ganz gewaltig, da die Forderungen der Bergarbeiter von den Grubenbesitzern in brutaler Weise abgelehnt wurden und ist eine größere Ausstandsbewegung sehr wahrscheinlich. — In der Steyrer Waffenfabrik sind die Arbeiter seit dem Verwaltungsrathe verübten Gaunereien fortwährenden Gehilten und Lohnabzügen ausgefetzt. Der durch die betrügerischen Manipulationen erfolgte Ausfall soll offenbar von den Arbeitern gedeckt werden. Die angeklagten Abzüge der Sieger führten zum Ausstande, welcher für die Arbeiter günstig endete. Allem Ansehe nach wartet die Direktion eine für sie günstigere Zeitverleibe ab, um den Auszug auf die Taschen der Arbeiter mit Erfolg vornehmen zu können. Die Arbeiter sind jedoch auf der Hut und rüsten zum Kampfe.

Deutscher Metallarbeiter-Verband. Bekanntmachung.

- Folgende Mitgliedsbücher sind ungültig und aufzuhalten: Nr. 8144 des Drehers Heinrich Wompener, geb. zu Grothen am 5. Januar 1865. 16110 des Feilenbauers Heinrich Wippler, geboren zu Mariandorf am 14. November 1874. 247676 des Schlossers Emil Berthold, geb. zu Chemnitz am 23. März 1880. 252913 des Drehers Karl König, geb. zu Beesenlaublingen am 26. Dezember 1867.

- Ausgeschlossen aus dem Verband werden nach § 3 Abs. 7 des Statuts auf Antrag der Verwaltungsstellen: Dortmund: Der Former Max Nagold, geb. zu Meerane am 27. März 1877, B. Nr. 234.291, weil er eine projektirte Lohnbewegung durch eine für einen organisierten Arbeiter unwürdige Gegenmacht zu hintertreiben suchte; Hamburg: der Meister (Werftarbeiter) Willy Müller, geb. zu Tansig am 4. Dezember 1861, B. Nr. 146.280, wegen Veruntreuung ihm anvertrauter Gelder.

Der Feilenbauer J. M. J. Thiel, geb. zu Altona am 16. November 1869, eingetretten am 10. Juli 1897 auf Buch Nr. 1897, welcher in Hlensburg das Amt eines Bezirksleiters bekleidet und als solcher abzurechnen unterliegt, wird hierdurch zur Abrechnung aufgefordert. Die Verwaltungen, die etwas über seinen Vorkurs wissen, werden ersucht, denselben nach hier mitzutheilen.

Alle für den Verband bestimmten Geldsendungen sind nur an Theodor Werner, Stuttgart, Neckarstraße 160/1, zu richten, und ist auf dem Vorkursquitt genau zu bemerken, wofür das Geld vereinnahmt ist.

Der Vorstand.

Die Mitglieder Hermann Manigel, Schmied, geb. zu Wittstock am 24. Juni 1855, und Theodor May, Former, geb. am 23. April 1867 zu Waldenburg, werden gebeten, ihre Adressen an A. Langheim in Landsberg a. d. Warthe, Friedrichstraße Nr. 58, gelangen zu lassen. Verwaltungen, Bevollmächtigte und Mitglieder, denen die Adresse der Obigen bekannt ist, werden um Angabe derselben gebeten.

Korrespondenzen.

Formen.

Leipzig. Eine gut besuchte öffentliche Formerverammlung fand am letzten Sonntag (Darmst.) im „Coburger Hof“ statt. Kollege Grenz sprach über: Die Organisation der Formen. Die Verhältnisse der Formen drängen zu einer Forderung. Die Formen müßten sich eine einheitliche Organisation zu schaffen suchen. Redner begrüßte es, daß von Braunschweig aus die Anregung zu einem Formertag gegeben worden sei. Es müßten Mittel und Wege gefunden werden, um die jetzigen Zustände zu beseitigen. Da man auf den Konferenzen in Rheinland und Süddeutschland nicht

sehr große Hoffnung auf den Formertag setzten, müßten die Formier bestrebt sein, noch andere Wege ausfindig zu machen. Die Generalkommission sei ja als oberste Instanz auch noch da. Nach längerer eingehender Debatte gelangt folgender von Kollegen Seltrich gestellter Antrag zur einstimmigen Annahme: Die heute im "Coburger Hof" tagende, von beiden Organisationen, dem Metallarbeiter-Verband und dem Zentralverein der Formier, gut besuchte öffentliche Formier-berathung beauftragt die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands, eine Konferenz der Vorstände des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes und des Zentralvereins der Formier einzuberufen, die die schwebenden Streitfragen zwischen den beiden Organisationen erörtern soll. — Unter Werkstellengelegenheiten berichtet Pfäfler über die stattgefundene Versammlung bei Sternkopf. Es habe da in der Hauptsache nur eine persönliche Streitfrage vorgelegen. Der Kollege Kiesel ist bestrebt gewesen, Haß und Zwickracht unter den dortigen Kollegen zu schüren, sein Gebaren wurde aber aufgedeckt. Seltrich führt aus, daß der Kollege Wüstemann bei Freberking wieder habe anfangen wollen, worauf sämtliche Formier die Arbeit niederlegten. Wüstemann hat sofort wieder aufhören müssen, womit sich diese Angelegenheit erledigt habe. Genosse Gröber erstattet noch Bericht über den Streit der Modellstecher und spricht im Namen seiner Kollegen den Formieren Dank aus für ihre moralische und finanzielle Unterstützung. Seltrich führt aus, daß man den Modellstechern einen Mißtrausfuß gewähren wolle.

**Hürzburg.** Am 17. September fand im "Wilden Mann" eine Mitgliederversammlung der Sektion der Formier statt. In der Hauptsache beschäftigte man sich mit der Akkordreduzierung und inhumanen Behandlung durch den Formiermeister Schmidt bei der Firma Scharrer & Groß. Die Diskussion war eine sehr rege und wurde das Gebahren des Meisters Schmidt in's richtige Licht gestellt. Es wurde angeregt, die Inhaber der Firma zu veranlassen, den Meister zu entlassen; es wurde jedoch der Beschluß gefaßt, daß die bestehende Beschwerdeformation der Formier mit dem Industriellen-Verein die Sache regeln solle. Weiter wurde zu dem am 16. Oktober im "Café Wert" stattfindenden Nordbayerischen Metallarbeiterkonferenz die Delegiertenwahl vorgenommen und gingen aus der Wahl die Kollegen Ettrich, Näß, Weber und Schilling hervor. Ferner wurde empfohlen, die Mitgliederversammlungen wieder regelmäßig am ersten Sonntag im Monat zu halten.

**Klempner.**

**Leipzig.** Eine öffentliche Klempnerversammlung tagte am 14. September im "Coburger Hof" mit der Tagesordnung: 1. Arbeiter- und Unternehmerverbände; 2. Gewerkschaftliches. Kollege Schiemann weist in seinem Vortrage im Wesentlichen darauf hin, daß jetzt, wo die Unternehmer immer mehr Verbände, Streikversicherungen u. gründen, die Arbeiter ihre Organisation immer mehr ausbauen müssen, um dem Unternehmertum nicht zu unterliegen. Es droht uns jetzt schon wieder eine neue Beschnidung unserer Rechte, die, wenn sie Thatfache werden sollte, den Unternehmern die Mittel gäbe, uns bis zu Füßen herabzudrücken. Um dies zu vermeiden, muß jeder organisierte Arbeiter seine Kollegen zu bewegen suchen, mit uns Hand in Hand vorwärts zu gehen. Jeder sei Agitator für unsere gerechte Sache. Ferner verliest der Referent eine Auffassung, aus der hervorgeht, welche kolossalen Dividenden die Unternehmer einnehmen. Nach dem mit stürmischem Beifall aufgenommenen Vortrage sprachen sich noch mehrere Redner im selbigen Sinne wie der Referent aus. Hierauf erfolgte das Aufheben der größeren Werkstätten, wobei sich ergab, daß die Kollegen der Firmen: Müller, Harzang, Hessel, Wittne Gantäcker, Stöck, Bär u. Sto., Feucht u. Zabi nicht vertreten waren.

**Forsthaus.** Am 19. September fand eine gut besuchte Versammlung der Sektion der Klempner und Installateure statt. Als Bevollmächtigter wurde Kollege Durr gewählt. Bei "Beratungen" wurden einige Werkstätten einer scharfen Kritik unterzogen, unter anderen die Bude von Sommer. Männersitz. Es, da dort Zustände herrschen, die sich überhaupt kein Kollege bieten lassen kann. Worte, wie: "Dumpe", "Humde" u. s. sind dort keine Seltenheit. Was den Lohn anbetrifft, so hat der vermögende Meister einem Kollegen sogar 27 A die Stunde. Daher ersuchen wir die zureichenden Kollegen, diese Werkstätte zu meiden.

**Hamburg.** Die Sektion der Klempner beschäftigte sich in der Versammlung am 6. September mit dem Antwortschreiben der Zunft. Man ist der Ansicht, zu warten, bis die Rekonstitution der Zwangsinnung erfolgt; da vorläufig nichts anderes zu machen sei, als unerwähnt lebhaft zu agitieren, um neue Kämpfer zu werben und dann durch diese organisierte Masse rechtzeitiger auszutreten zu können. Betreffs der Delegierten in Werkstätten wird darauf hingewiesen, daß der gegenwärtige Stand ein schnelleres Tempo geniete, leider fänden jüngere Kollegen, wenn gewählt, nicht die nötige Unterstützung, hätten vielmehr oft schweren Stand; auch fänden sich Berater, die deren Entlastung indirekt herbeiführten. Von der Sektions-Kassendirekt "Gise" wurde darauf hingewiesen, daß dieselbe jeden Freitag bei Gestalten Gelegenheitsarbeit abhält und ersucht, durch zahlreicher Beitritt dieselbe zu unterstützen. Eine Anfrage an die Kartelldelegierten, wie weit die Verhandlungen betreffs Errichtung eines Arbeiter-Sekretariats gediehen, rief eine lange Debatte, in der die verschiedensten Ansichten vertreten werden, hervor.

**Hamburg.** Versammlung am 21. September. Obgleich der Referent fünf Tage vorher befristet war und auch heute Abend von Referenten-Beisitzer die Erklärung abgegeben war, Genosse Schütz kam, um über das neue Gewerkschaftsgesetz zu sprechen, war derselbe nicht anwesend. Die Ortsverwaltung wird beantragt, das Nähere zu veranlassen. Es wurde dann die einleitenden Ausführungen über die Rechte und Pflichten der zu wählenden Gewerkschaften. Weiter war der Beschluß der Versammlung ein demütigstes Verlangen, daß an eine rechtliche Beratung dieser wichtigen Frage nicht zu denken war. Ein Antrag auf Flugblattverbreitung zwecks Aufklärung der Mitglieder über diesen Punkt wurde vorläufig zurückgezogen und gewünscht, in weiteren Versammlungen der bevorstehenden Wahl des Gewerkschaftsrates näher zu treten. Nach langer Debatte über Vertretungsmöglichkeiten wurde auf die mit 26. September beginnenden Experimental-Vorträge hingewiesen und reger Beschluß empfohlen.

**Hamburg.** Öffentliche Versammlung der Klempner am 28. August bei Lütze. Genosse Heinrich Wäber aus Forburg hielt einen belehrenden Vortrag über den Nutzen der Verkürzung der Arbeitszeit. Beim 2. Punkt der Tagesordnung wird ein Schreiben verlesen, welches die Sektion der Klempner an die Zunft gerichtet hat, in welchem folgende Fragen vorgelegt sind: 1. Wann gedenkt die jetzt bestehende Zunft mit ihrer Reorganisation beendet zu sein? 2. Wann gedenkt die Zunft die Wahl eines Gewerkschaftsrates vorzunehmen zu können? Als Antwort erfolgte hierauf, daß bei Anwesenheit eines Beamten der Aufsichtsbehörde für die Zunftungen während der letzten Versammlung nicht 1/2 der Mitglieder erschienen waren und somit die Umwandlung in eine Zwangsinnung nicht stattfinden konnte, und bedarf es daher einer nochmaligen Versammlung, um dieses zum endgültigen Beschluß zu bringen, und soll selbiges uns alsdann unterbreitet werden. Nach langer Diskussion wird beschlossen, mit der sich später gründenden Zwangsinnung weiter zu verhandeln. Hierauf gibt Kollege Unterlechner die verschiedenen Werkstätten bekannt, welche ihre Delegierten angezeigt haben und fordert die übrigen Kollegen, die bisher noch keinen Delegierten gewählt, auf, solches baldmöglichst zu thun. Kollege Brüggemann weist auf verschiedene Mißstände in Werkstätten hin, so auch auf die Ausnutzung der Gesellen durch deren Jahrgang während der Arbeitszeit. Einem nicht organisierten Kollegen, nach dessen Ansicht der Verband nicht zur Genüge leiste, wurde die nötige Unterstützung zugesagt, so daß er sich sofort mit noch mehreren Kollegen in denselben aufnehmen ließ. Eine Zellerversammlung zur Deutung der Tagesnotizen ergab 17,05 A.

**Metall-Arbeiter.**

**Hilfsdorf.** Die Firma Sonnenschein, Fabrik für Beleuchtungsgegenstände, gehört zu denjenigen, welche ihren Bedarf an Arbeitern von auswärtigen decken müssen, weil sie hier bereits zu bekannt geworden ist. Dem dort beschäftigten Meister, welcher sich dadurch auszeichnet, daß er nach oben möglichst demütig und nach unten höchst aufricht, wurde kürzlich während der Firma gekündigt. In der Kündigungszeit wurde derselbe mit allerhand Tagelöhnerarbeiten beschäftigt, welche er mit der größten Bereitwilligkeit verrichtete, in der Hoffnung, bleiben zu dürfen. Allein es half nichts, der Rottz konnte gehen. Die Kollegen wollten ihm keine Ehre nach. Allein es geschah das kaum Glaubliche: Der Betreffende kehrte sich nach den Fleischtöpfen Aegyptens zurück, und die Firma ließ sich erweichen, denn in punkto Lohn resp. Akkordabzügen war der Herr Werkführer allen Andern über. Als Herr Sonnenschein nun seinen Arbeitern die Mitteilung machte, daß der "Gegangene" wieder käme, legten drei organisierte Kollegen die Arbeit nieder. Bezeichnend für die Zustände auf der Bude ist eine Aeußerung des Fabrikanten einem Arbeiter gegenüber: "Ich weiß was ich zu thun habe, ich habe schon Tausende Arbeiter unter mir gehabt." Tausende von Arbeitern bei — 10—15 Beschäftigten. Es werden von genannter Fabrik Drücker, Schleifer und Schloffer beschäftigt. Die Kollegen können nun entscheiden, wie sie sich ev. zu der Firma stellen wollen.

**Landshut.** Am 24. September fand im Gasthaus zum Schwab eine öffentliche Metallarbeiterversammlung statt, in welcher Genosse Hermannsdorfer aus München referierte. Redner sprach über die Organisationsfrage und über den Nutzen der Gewerkschaften. Die Arbeiter müßten der Ausbeutung einen Damm entgegensetzen und zu diesem Behufe sich organisieren. In ausführlicher Weise schilderte Redner den Nutzen der Gewerkschaften und forderte zur regen Agitation für die bevorstehende Wahl auf. — Am Sonntag, den 25. September, fand Gewerkschaftswahl statt, bei der es heiß herging, die Schwarzen boten Alles auf, um uns den Sieg streitig zu machen. Sie hatten es auch bei der Agitation viel leichter als wir, indem ihnen Thür und Thor offen stand; in jeder Werkstätte konnten sie ungehindert agitieren, was bei uns nicht der Fall war. Um so freudiger ist es zu begrüßen, daß in diesem tabernakelartigen Landshut die Gewerkschaftskandidaten mit 30 Stimmen Majorität den Sieg errangen. Kollegen, las ist ein Beweis, wie Einigkeit erzeuge. Trete daher in den Verband und agitir fleißig, damit bei der nächsten Wahl die Gewerkschaften mit Mehrheit gegen und den Schwarzen der Mühe verzeht, wieder gegen uns zu kandidieren. Ein Brief in der Landshuter Umgebung sprach einmal in einer Versammlung aus, daß die katholischen Arbeitervereine in Landshut den Sozialdemokraten einen Damm entgegengesetzt haben. Nun, Kollegen, der Damm ist gesprengt!

**Leipzig.** Die Metallarbeiter hielten am 28. September im "Coburger Hof" eine öffentliche Versammlung ab, die sich mit den Vorlesungen in der Accipitengasapparat-Gesellschaft Brommehrs, Mittelstraße, beschäftigte. Kollege Niebaum schilderte feins des Agitationskomitees den Vorgegang. In obiger Firma, welche 17 Arbeiter, darunter 14 Klempner, beschäftigte, würden Löhne von 30—40 A bezahlt und 10 Stunden gearbeitet. Durch die letzte Lohnbewegung hatten die Klempner seitens der Zunft einen Minimallohn von 40 A für unter 20 Jahre alte Kollegen 36 A sowie 9 1/2 Stunden Arbeitszeit errungen. In einer Arbeiterversammlung der Kollegen dieser Fabrik, am 19. u. 20. u. 21. wurde einstimmig beschlossen, diese Errungenschaften ebenfalls durchzusetzen und durch eine Kommission mit dem praktischen Leiter der Werkstätte, Ingenieur Kandler, unterhandelt. Dieser erklärte halb und halb seine Zustimmung, wünschte außerdem den Fortfall der zweiwöchentlichen Kündigung, damit die Arbeiter sich durch Unterjoch einberauben könnten. Herr Kandler hatte jedoch nichts Günstigeres zu thun, als zwei Kollegen, die mit ihm unterhandelt hatten, zu maßregeln und kurz darauf noch drei andere. Daraufhin erklärten sich sechs Kollegen mit diesen solidarisieren und verließen die Arbeit. Am Sonntag verjagte der Bevollmächtigte D. Weide mit Herrn Kandler zu unterhandeln, was dieser ablehnte; dagegen hatte er eine längere Unterredung mit dem Direktor des Unternehmens, die aber ebenfalls resultatlos verlief. Kollege Weide berichtete über diese Unterhandlung ausführlich. Er hat die Auffassung, daß ein Erfolg sicher wäre, wenn kein Zugzug erfolge. Einer der gewerkschaftlichen Kollegen ergänzt den Bericht, gibt näheres Aufschluß über die Schwebelöhne, sowie über die verjagte Einführung schlecht bezahlter Akkordarbeit. Von den sechs geführten Arbeitern (nur Klempner) sind zwei auswärtig beschäftigt, einer ist krank und drei arbeiten in der Werk-

statt; außerdem sind noch zwei Arbeitswillige zu verzeichnen. Die Firma sucht Arbeiter in auswärtigen Blättern, hauptsächlich in Berlin. Es hatte am Dienstag bereits ein Berliner Kollege angefangen, der 45 A Anfangslohn und bald Zulage bekommen sollte. Außerdem sollten Mittwoch noch drei Berliner Kollegen nachkommen. Als der erstere jedoch über die Verhältnisse aufgeklärt war, zog er es vor, wieder nach Berlin zurückzudampfen und die anderen Kollegen von dem wahren Sachverhalt in Kenntnis zu setzen. Sehr bezeichnend für die Person des Ingenieurs Kandler, der früher in Markranstädt selbständig war und damals, wenn er Leute brauchte, den Arbeitsnachweis der organisierten Metallarbeiter zu finden wußte, ist es, daß er auf Unterhandlungen anfänglich scheinbar einging, die Kündigungszeit abschaffte, bis um die "Wähler" los zu werden. Wie mitgeteilt wurde, ist jetzt die Kündigungsfrist wieder eingeführt worden. Nachdem noch von einigen Rednern die Handlungsweise des Herrn Kandler scharf kritisiert und gleichzeitig die Durchführung des Streiks für notwendig erklärt worden war, wurde folgende Resolution einstimmig angenommen: "Die heutige öffentliche Metallarbeiterversammlung erklärt den Streik in der Accipitengasapparat-Gesellschaft für vollständig berechtigt. Die Anwesenden verpflichten sich, soviel in ihren Kräften steht, den Zugzug fern zu halten und so den Auswärtigen zum Siege zu verhelfen." Die weiteren Angelegenheiten wurden dem Agitationskomitee überlassen.

**Hildesheim.** Am 14. September tagte eine ziemlich gut besuchte Metallarbeiterversammlung der Filiale Sudenburg in der Herbst Bierhalle. Genosse Reich führte in seinem Referat über das Thema: "Die Verschärfung der Klassengegensätze durch das Unternehmertum" aus, wie nicht nur in letzter Zeit im hiesigen Baugewerbe, sondern auch auf allen anderen Industriegebieten sich immer mehr ein krasser Gegensatz zwischen Unternehmertum und Arbeitern bemerkbar mache. Schon Kaspalle habe den Arbeitern die Wege gezeigt, auf welchen allein es möglich sei, die wirtschaftliche Lage der Arbeiter zu verbessern und daß keine Ueberbrückung oder sonstige Harmoniebesuche, sondern nur harter Kampf im Stande sei, dem Kapitalismus etwas abzurufen. Auch das gefährdete Koalitionsrecht wurde vom Redner eingehend besprochen und hierbei ein Vergleich gezogen zwischen den Februarereignissen des Jahres 1890 und dem demnächst zu erwartenden Gesetzentwurf, welcher deutsche Arbeiter, die auf legalen Wege für Verbesserung ihrer Lage eintreten, mit Zuchthaus bedroht. Mit dem Hinweis, daß es nicht ausgeschlossen sei, daß die Metallarbeiter in absehbarer Zeit vielleicht dieselben Kämpfe durchzumachen haben würden, wie jüngst die hiesigen Bauarbeiter und mit der eindringlichen Mahnung, Alles daran zu setzen und zu arbeiten zur Stärkung und Verbesserung der Organisation, schloß Redner seinen beifällig aufgenommenen Vortrag. Eine Diskussion über den Vortrag wurde nicht gewünscht. Unter Beschriedenem verlas der Vorsitzende ein eingegangenes Schreiben des Bureau der kombinierten Metallarbeiterversammlung im "Dreikaiserbund". In diesem Schreiben wurde die Filiale Sudenburg ersucht, die hier endgültig abgeleitete Frage der Verschmelzung der sämtlichen Filialen Magdeburgs und der Vorstädte nochmals zu ventilieren. Die lebhafteste Debatte über diesen Punkt führte schließlich zu dem Resultat, daß ein Antrag auf Übergang zur Tagesordnung angenommen wurde. Nach einer etwas scharfen Auseinandersetzung über interne Verhandlungsangelegenheiten und einigen tröstlichen Ermahnenden Schlussworten des Referenten schloß der Bevollmächtigte die Versammlung.

**R. Hildesheim.** Die Wirkung unserer Sozialgesetzte, so lautete das Thema, welches Genosse M. Segitz in unserer am 17. September abgehaltenen Versammlung behandelte. Einleitend schildert der Redner die Entwicklung der kapitalistischen Produktionsweise, welche eine Umwälzung in der Baurenerzeugung hervorgerufen. An Stelle des handwerksmäßigen Betriebes ist der Maschinenbetrieb getreten. Es steht nicht mehr in der Hand des Arbeiters langsam, oder schnell zu arbeiten. Die Maschine bestimmt durch ihren Gang die Intensität der Leistung des Arbeiters. Das kapitalistische Zeitalter, dessen eine Seite so glänzend sei, habe Wunder hervorgebracht. Große, volkreiche Städte seien entstanden, das Verkehrsnetz habe eine gewaltige Umwälzung erfahren, Berge seien durchbrochen, die größten Flüsse überbrückt worden. Der Telegraph trage in kurzer Zeit Nachrichten von einem Ende der Erde zum andern. Kein Zeitalter könne sich mit dem kapitalistischen messen. Aber auch tiefe Schatten hatten dieser Entwicklung an. Der Kreis Dever, die im Besitz von Produktionsmitteln sind, wird immer kleiner. Das Kapital konzentriert sich in immer weniger Händen. Die Besitzlosen müssen den Besitzenden dienen und sind von ihnen mit ihrer ganzen Existenz abhängig. Die Unternehmer müssen dieses Abhängigkeitsverhältnis aus und zahlen den Arbeitern einen Lohn, der nur notdürftig zum Leben ausreicht. Die Produktion ist so ergiebig, daß selbst in der günstigsten Wirtschaftskonjunktur nicht alle Arbeitskräfte beschäftigt werden. Die unbeschäftigten Arbeitswilligen sind ein weiterer mächtiger Faktor, der die Löhne und Lebenshaltung der Arbeiter drückt. Ungenügende Ernährung, schlechte, ungesunde Wohnung, und in deren Folge Krankheiten aller Art erhöhen die Sterblichkeit und dezimieren die Arbeiterklasse. Auch das Familienleben wird ungünstig beeinflusst, die Kindererziehung vernachlässigt. Noth und Glend treiben Hunderttausende zum Verbrechen, zur Prostitution. So wachsen die gesellschaftlichen Schäden rapid und drohen die ganze Zivilisation zu vernichten. Diesen Mißständen entgegenzuwirken wird zu einer Existenzfrage der Nationen. Wo man der Entwicklung dieser Dinge freien Lauf gelassen hat, wie in Italien, Irland und Spanien, da gehen die Staaten offensichtlich ihrem Verfall entgegen. Die gesündesten Verhältnisse seien in den Staaten zu finden, wo der Arbeiterklasse die Freiheit zur Organisation nicht beschränkt sei und die Bestimmungen der Arbeiter durch kräftige Arbeitergesetz unterstützt würden, so z. B. in England, wo die Regierung weit mehr sozialpolitisches Verständnis beweise als bei uns in Deutschland. In Deutschland ist der Arbeiterstand der Entwicklung noch sehr bedürftig. Er erstreckt sich jetzt auf Verbot der Kinderarbeit unter 14 Jahren in Fabriken und diesen gleichgestellten Anlagen. Einschränkung der Arbeitszeit für Frauen auf 11 Stunden täglich, behördliche Inspektion der Fabriken und Baugewerke; ein kann nebenswerther Schatz erpichte für Konfektionsarbeiter und Bäcker. Alles in

bureaukratischer, mangelhafter Form. Das Koalitionsrecht der Arbeiter, die wichtigste Vorbedingung eines wirklichen Arbeiterschutzes, wird dem Arbeiter außerordentlich beschränkt. Das Bevormundungssystem, welches in Deutschland von jeher jede gesunde Entwicklung hindert, kommt insbesondere bei der Sozialgesetzgebung zum Ausdruck. Redner nimmt Bezug auf die Gesetze für Kranken-, Unfall-, Invaliditäts- und Altersversicherung. Am 15. Juni 1883 trat das Krankenversicherungs-gesetz in Kraft und wurde am 6. Juli 1884 durch das Unfallversicherungsgesetz und im Jahre 1891 durch das Invaliditäts- und Altersversicherungsgesetz ergänzt. Diese Dreitheilung der Versicherung sei schon ein Mithril, der einen komplizierten und kostspieligen Verwaltungsapparat erfordert. Naturgemäß gehören Kranken- und Invalidenversicherung zusammen, an welche die Unfallversicherung ange-schlossen werden könnte, während die Versorgung im Alter eine Sache für sich sei. An die Errichtung einer Wittwen- und Waisenkasse habe man sich noch nicht gewagt. Die jetzige Organisation ist auch zu bureaukratisch. So sind bei der Krankenversicherung die verschiedensten Klassen als: Ortsklassen, Gemeindefassen, Betriebsklassen, Bauklassen, Innungsklassen zc. Die Leistungen der Klassen sind sehr verschieden. So zahle die Gemeindeversicherung als Krankengeld die Hälfte des ortsüblichen Tagelohnes. Unterstützung würde nur für 13 Wochen bezahlt, nach Ablauf der 13. Woche, wenn der Er-krankte die Hilfe am notwendigsten hat, wird keine Unter-stützung mehr gewährt. Ebenso wenig wird Sterbegeld be-zahlt. Die Rechte der Versicherten sind gleichfalls verschieden. Zur Erfüllung des Zweckes genügt es über das Reich ausgedehnte Kasseneinrichtungen: eine Versicherung für die in der Industrie, in Bergwerken sowie bei Bauten beschäf-tigten Arbeiter und Arbeiterinnen und eine solche für die in der Land- und Forstwirtschaft beschäftigten Personen. Der Kreis der Versicherten sei so weit auszudehnen, daß Alle, welche ein Einkommen von 3000 M. beziehen, der Ver-sicherungspflicht unterstehen. Beiträge und Leistungen wären zu klassifizieren und das Krankengeld müßte mindestens die Höhe des Arbeits- oder Dienstentkommens erreichen. Ferner müsse Krankenhilfe geleistet werden, so lange Jemand der-selben bedarf. Im Todesfalle habe die Krankenkasse die Beerdigungskosten zu tragen. Die Zusammenlegung aller Klassen würde eine große Ersparnis an Verwaltungskosten zur Folge haben. Die Ausdehnung des Versicherungszwanges auf Alle, die ein Einkommen von 3000 M. und darunter haben, würde die Leistungsfähigkeit der Klasse eminent erhöhen. Eine mäßige Erhöhung der Beiträge genüge, um die geforderten höheren Klassenleistungen beitragen zu können. Die Verbindung der Invalidenversicherung mit der Krankenversicherung ist die natürliche Unterbringung dieser Institution. Damit würden die vielen Versicherungsanstalten in Wegfall kommen. dieselben hätten sich den Zentralstellen für Krankenversicherung anzuschließen. Nach dem Vorbild der zentralisierten Hilfs-kassen müßten die Zentralstellen für Kranken- und Invaliden-versicherung Zentren errichten. In jedem größeren Orte oder für bestimmte Bezirke seien Schiedsgerichte aus Klassen-mitgliedern bestehend, zu errichten, welche die Klagen hätten, Streitigkeiten zwischen den Zentralverwaltungen und den Mit-gliedern zu schlichten. Verschwinden müßte der ganze bureaukratische Apparat mit seinem komplizierten Verwaltungsapparat, der Vieleschreiberei und der Reglementirerei. Damit müßte Hand in Hand gehen eine Befreiung der Karenzzeit für den Bezug von Invalidenrenten und eine Erhöhung der Rente. In dieser Richtung hätte auch eine Umgestaltung der Unfall-versicherung zu erfolgen. Die berufszweckmäßige Organi-sation müßte verschwinden, an ihre Stelle eine einzige Or-ganisation für Industriearbeiter und eine solche für die in der Forst- und Landwirtschaft Beschäftigten eingeführt wer-den. Befreit werden müßten ferner bei der Unfallversiche-rung die jetzigen Schiedsgerichte, welche nahezu völlig wertlos sind, sowie die Landesversicherungsämter. Als die höchste Instanz sei ein zu gleichen Theilen aus Arbeitern und Unter-nehmern bestehendes Reichsamt einzusetzen, das für sämt-liche jetzt bestehende Sozialgesetze zu funktionieren hätte. Ebenso sei das Institut der Vertrauensmänner bei der Unfallver-sicherung durch örtliche Verwaltungen, welche zu gleichen Theilen aus Arbeitern und Unternehmern bestanden, zu er-setzen. Aufgabe dieser Verwaltung würde sein: Untersuchung der Unfälle, Ueberwachung der Schutzvorschriften, Festsetzung und Auszahlung der Renten. Etwasige Differenzen zwischen der örtlichen Verwaltung und den Verletzten oder Renten-empfangern hätte ein Schiedsgericht, gleichfalls zu gleichen Theilen aus Arbeitern und Unternehmern bestehend, in erster Instanz zu schlichten. Die Ueberwachung der Heilanstalten sei dem amtlichen Arzte oder der örtlichen Verwaltung zu überlassen. Befreit werden müßte unter allen Umständen die 13wöchentliche Karenzzeit, es wäre eine Erhöhung der Renten, sowie Ausdehnung der Versicherungsfrist anzustreben. Bei einer zweckmäßigen Organisation der Kranken-, Unfall- und Invaliditätsversicherung würde die Altersver-sicherung eine sehr untergeordnete Rolle spielen. Die Ein-führung einer Wittwen- und Waisenversorgung sei die not-wendige Ergänzung der bestehenden Sozialgesetze. Bis jetzt sind im Hilfsfalle die Hinterbliebenen von Arbeitern auf die Armenpflege angewiesen. Die Durchführung dieser Forder-ung würde keine unerträglich hohen Kosten verursachen. Die mit der Vereinfachung der Organisation verbundene Erspar-ung der Verwaltungskosten würden einen erheblichen Betrag der erhöhten Unterstützung einbringen. Durch die Ausdeh-nung der Versicherungen würde die Mithril vermindert. Bei Streitigkeiten würde das Verfahren abgekürzt und eine ge-rechte Beurteilung gesichert, den Versicherten der gefährdende Einfluß auf die Verwaltung gewährt. Die vielen herab-zugeworfenen Beschwerden der Kranken, Verletzten und Invaliden würden verschwinden und die Ausöhnung mit den Gehegen überraschende Fortschritte machen. Wenn die bürgerliche Ge-sellschaft ihre Interessen zu wahren verstände, könnte sich die Gesetzgebung solchen Vorschlägen gegenüber nicht ablehnend verhalten. Redner schließt seine mit großem Beifall auf-genommenen Ausführungen mit dem Wunsche, daß die Ar-beiter diese Vorschläge prüfen und sich dann darüber aus-sprechen mögen.

**Oberhausen (Rhld.)** Nachdem schon einige Male ver-gleichen ein Ansturm unternommen wurde, um die hiesigen Metallarbeiter zu organisieren, ist es uns am Sonntag, den 21. August, endlich gelungen, auch hier festen Fuß zu fassen. Kollege Gotthausen, welcher an dem genannten Tage das Referat übernommen hatte, entledigte sich seiner Aufgabe in

besten Weise. Er sprach über das Thema: „Ist es not-hwendig, daß wir uns organisieren und welcher Organisation schließen wir uns an?“ In gedrängten Ausführungen gab Redner einen interessanten Einblick auf die Entwicklung des kapitalistischen Wirtschaftssystems. An der Hand des Statuts des D. M. B. gibt Referent Aufschluß über die Bestimmungen dieser Organisation und fordert, nachdem er die gewerkschaft-liche Tätigkeit der Hirsch-Dunder'schen Arbeitervereine in's rechte Licht gestellt, zum Eintritt in den D. Met. Verb. auf. Reicher Beifall lohnte dem Redner. Der Erfolg war: zahl-reiche Aufnahme neuer Mitglieder. — Auch die Verjam-mlung vom 11. Sept. war von einem guten Erfolge begleitet. Kollege Spiegel sprach über die wirtschaftlichen Kämpfe der Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft. In sachlichen Dar-stellungen führt Redner die Entwicklung der wirtschaftlichen Kämpfe vor Augen, zurückgreifend auf die Lage des arbeiten-den Volkes im griechischen und römischen Altertum. Defe-rent kommt sodann auf die Neugestaltung der Arbeiterbe-wegung in den sechziger Jahren zu sprechen und geht dann über zu den neuesten Erscheinungen im modernen Gewerkschaftsleben. Nachdem er noch die Deynhauener Kaiserrede beleuchtet, forderte er zum festen Zusammenhange gegen-über dem bevorstehenden Druck der in Aussicht genommenen neuen Arbeitergesetzvorlage auf. Diese Arbeiter-Ausnahmegesetzvor-lage solle nur das erzielen, was der Posadowsky'sche Erlaß angekündigt habe. Allseitiger Beifall folgte den Ausführ-ungen. Nachdem wiederum viele Neuaufnahmen gemacht worden waren, wurde die Verjammlung geschlossen. Es be-zieht die Absicht, in der nächsten Verjammlung eine Zahlstelle zu gründen. An den hiesigen Metallarbeitern liegt es nun, das Errungene zu behaupten und immer weiter auszubauen. Es muß so weit gebracht werden, daß vor den vielen tausend Oberhausen'schen Metallarbeitern kein einziger mehr der Organi-sation fernsteht. Es ist das notwendig im Interesse des eigenen wie des Gesamtwohls.

**Schlosser u. Maschinenbauer.**

**Hamburg.** In der Mitgliederversammlung der Sektion der Schlosser, Dreher und Maschinenbauer vom 20. Sept. sprach Kollege Rodausen über Arbeitsschwierigkeiten. Derselbe gehörte nur den Arbeitern, nicht aber den Arbeitgebern; daß es dabei oft zu wirtschaftlichen Kämpfen kommt, ist selbst-verständlich, denn Jeder will die Macht, die in dem Arbeits-nachweis liegt, besitzen. Weinheber tritt dem entgegen und erklärt, daß es doch besser sei, auf gütlichem Wege die Frage zu regeln und den Arbeitsschwierigkeiten als neutrales Gebiet zu betrachten. Deisinger schließt sich den Ausführungen Wein-heber's an. Eine von Kollege Rodausen eingebrachte Reso-lution wurde abgelehnt. Kollege Kraus ersetzte die Resolution vom Sommerbergrühen, die einen Ueberchuß von 122,70 ergibt. Kollege Kahl wurde als Bibliothekar gewählt. Ein von Meißner vorgeschlagene gemüthliche Beisammensein zum Abschied für die Redner wurde abgelehnt. Nachdem Schluß noch auf die Experimentalvorträge aufmerksam ge-macht und Weinheber erklärt, daß unser Winterbergrühen am 18. März stattfindet, erfolgt Schluß der Verjammlung.

**Feilenhauer.**

**In die Feilenarbeiter Deutschlands!**

Werthe Berufsgenossen! Erneut macht sich bei uns die Unzufriedenheit geltend. Und das mit Recht. Der guten Organisation der Feilenarbeiter zufolge müßten dieselben be-deutend weiter vorwärts geschritten sein. Da verlangt man nun jetzt eine Statistik der Lohn- und Arbeitsverhältnisse. Man strebt die Einführung eines gleichen Lohnes resp. Accord an. Aber nun auch einmal auf zur That! Schon vor länger als einem Jahre erfolgte ein „Aufruf an die Feilen-arbeiter Deutschlands“, die Berufsgenossen wurden darin er-sucht, Versammlungen einzuberufen, um sich darüber aus-zusprechen, ev. Beschlüsse zu fassen. Es war dieselbe An-regung wie sie zur Zeit wiederkehrt.

Was ist aber geschehen? Nichts! Setze man einmal die Hand an's Werk! Sorge man zuerst, daß wir eine Ueber-sicht der Lohn- und Arbeitsverhältnisse in Deutschland be-kommen. Dann erst können wir urtheilen und kein richtigen Ende ansetzen. Weder der Hauptvorstand noch der Zentral-arbeitsschwierigkeiten kann die Ausführung der Statistik bewerk-stelligen, wenn wir nicht daran mitarbeiten. Ist es denn so schwer, die Statistik zu erlangen? Ich mache nun folgenden Vorschlag: Es werden mehrere Kollegen aufgestellt, je nach Bezirken, welche das Material sammeln. Hierzu werden di-Verwaltungsstellen des D. M. B. gebeten, dem aufgestellten Kollegen die nöthigen Angaben zu machen. Dieser Vor-schlag ist durchführbar. Es ist keine Stadt in Deutschland oder wenigstens selten, wo nicht Feilenhauer beschäftigt sind und keine Verwaltungsstelle besitzt. Und höchst selten gibt es eine Verwaltungsstelle, wo kein Feilenhauer als Mitglied des Verbandes zu verzeichnen ist.

Darum vorwärts! Aus allen Gegenden erfolgte schon ein Ruf, möge er zur That werden. Was nützt es, wenn wir sagen, wir haben eine gute Organisation. Beweisen müssen wir es können. Thue Jeder seine Pflicht in seinem eigenen und im Interesse der Gesamtheit.

Mit kollegialem Gruß  
Paul Schönfelder, Feilenhauer,  
Hildesheim, Moritzberg, Kreislstr. 11.

**Bielefeld.** Die Sperre über die Firma Hederich & Vogelhang ist bis auf Weiteres aufgehoben. Wir eruchen die Kollegen, sich strikte an den Arbeitsschwierigkeiten zu halten.

**Breslau.** In der am 25. September abgehaltenen öffentlichen Versammlung der Feilenarbeiter wurde der Streik für beendet erklärt. Näherer Bericht folgt.

**Vermischtes.**

**Ein liebevoller Arbeitgeber.** Der Lampenfabrikant Camillo Schwager in Sebnitz (Sachsen) hat „seine“ Ar-beiter mit einem Schreiben beglückt, über das diese ihre helle Freude haben werden. Der Unternehmer erklärt darin, daß es für ihn eine besondere Freude sei, den Arbeitern mittheilen zu können, daß auf seinen Vorschlag hin und nach Befürwortung durch den Stadtrath das Ministerium zweien von seinen Arbeitern das traggbare Ehrenzeichen für Treue in der Arbeit verleihen habe. Wörtlich heißt es dann: „Sie alle können daraus ersehen, daß ich in jeder Ein-sicht bestrebt bin, meinen alten treuen Arbeitern eine Aner-kennung zu verschaffen. Ich verbinde damit aber auch den

Wunsch, daß Sie alle mich etwas mehr, als es leider ge-schehen ist, in meinem schwierigen Bestreben unterstützen, meine Fabrik der Konkurrenz gegenüber auf der Höhe zu erhalten. Dies kann nur geschehen, wenn Sie alle in den Akkordlohnfällen etwas nachgeben und dafür dann weniger Zeit auf die Privatunterhaltungen verwenden, also etwas energischer arbeiten, auf diese Weise werden Sie auch bei etwas niedrigeren Lohnsätzen mindestens eben-soviel verdienen, als jetzt. Die Verhältnisse erfordern dies dringend.“

Das Schreiben fährt dann fort, der Unternehmer habe die Ueberzeugung gewonnen, daß an dem Rückgange der Fabrik nicht nur die letzten Inhaber, sondern auch die Ar-beiter schuld seien, die „sich den Anforderungen der heutigen Zeit nicht gern anpassen wollen.“

Das ist wirklich einmal ein origineller und offener Unternehmer, er sagt den Arbeitern wenigstens, worauf es ihm ankommt. Den Arbeitern Anerkennung in Anstalt von Medaillen, dem Unternehmer ein anständiger Profit. Nun, hoffentlich sind die Arbeiter ebenso offen und sagen ihm, daß sie gar keine Zeit haben, ihn reich zu machen. Stellt der Fabrikant die Fabrikation ein, so macht ein anderer die Kämpen, deswegen verhungern die Arbeiter nicht.

**Erfolgreicher Versuch mit dem Achtstundentag auf einer englischen Schiffswerft.** Einige bemerkens-werthe Einzelheiten berichtet ein Mitarbeiter der „Times“ über die Erfahrungen, die die wohlbekannte Schiffsbaufirma Short & Co. in Sunderland mit dem Achtstundentag ge-macht hat. Seit etwa sieben Jahren hat die Firma ihre Werke nach diesem System geführt, wobei die Wochenarbeits-zeit von 53 auf 48 Stunden herabgesetzt wurde. Jetzt, nach Verlauf dieser Zeit erklären die Besitzer, daß sie allen Grund haben, mit den Ergebnissen zufrieden zu sein. Es ist außer allem Zweifel, daß die Arbeiter nicht so viel Zeit vergeuden und in Wirklichkeit während der acht Stunden mehr als früher während der längeren Zeit arbeiten. Die Leistung der Arbeiter ist seit 1891 nicht geringer, sondern größer ge-worden. Unter dem alten System gingen 15 bis 20 Proz. der Arbeiter nicht eher eigentlich zu arbeiten an, bis eine Viertelstunde verloren worden war. Unter dem 48 Stunden-system beginnt die Arbeit um halb 8 Uhr und geht nur mit einer Pause bis 5 Uhr fort. Auch die Maschinen liefern mehr Arbeit. Das Achtstundensystem schafft vermehrte Produktion zu geringeren Kosten, erklärt die Firma.

**Maßnahmen gegen Ausstände.** Unter dem 28. Juli d. J. hat, wie nun bekannt wird, der Zentralvorstand des badischen Handwerkerverbandes, bezw. der Handwerkeraus-schuß Karlsruhe, eine Eingabe an das Groß. Ministerium des Innern gerichtet, welche Vorschläge zur Verhütung von Ausständen enthält. Der Handwerkerausschuß glaubt als Vorbeugungsmaßregeln empfehlen zu sollen, es mögen bei Verdingungsverträgen mit Lieferungsfristen Vorbehalte ge-macht werden, dahingehend, daß bei Ausbruch von Aus-ständen oder Geschäftsperre so lange Stundung (Fristver-längerung) gewährt werde, als der Ausstand oder die Ge-schäftsperre andauere, und daß eventuell festgesetzte Kon-ventionalstrafen nicht in Wirksamkeit treten sollen. Hierzu hat das Groß. Ministerium des Innern unter dem 5. Sep-tember wie folgt erwidert: „Dem Vorstand des badischen Handwerkerverbandes erwidern wir im Einverständniß mit den übrigen Ministerien auf die Eingabe vom 28. Juli d. J., daß wir im allgemeinen bereit sind, bei Ausführung staat-licher Bauten, wenn keine Gefahr im Verzuge liegt, aus-Gründen der Billigkeit den durch Streiks herbeigeführten besonderen Verhältnissen im Sinne der dortseits geäußerten Wünsche Rechnung zu tragen, daß wir uns aber die Ent-schließung von Fall zu Fall vorbehalten müssen. Eine allgemeine Anordnung in der angegebenen Richtung zu er-lassen oder gar, wie dortseits angeregt wird, Bestimmungen bezüglich Verlängerung der Lieferungsfrist und Aussetzung vereinbarter Konventionalstrafen in die Lieferungsverträge aufzunehmen, sind wir dagegen nicht in der Lage, weil die Möglichkeit eines Ausstandes in Folge unbilliger Be-handlung der Gehilfen und Gesellen seitens der Arbeitgeber nicht ausgeschlossen ist, in diesem Falle aber eine Bewilligung der Fristverlängerung an letztere nur ungerechtfertigte Begünstigung oder Unterstützung derselben herbeiführen würde. Die Entscheidung der Sache im ein-zelnen Falle wird somit von der Prüfung der Ursache und der Begründetheit des Ausstandes abhängig sein, außerdem aber wird noch in Betracht kommen, daß durch die Gewäh-rung der Stundung einer Lieferung eines von dem Ar-beiterausstand betroffenen Gewerbetreibenden unter Um-ständen die Lieferungsfrist auch der anderen bei der Er-stellung des betreffenden staatlichen Gebäudes beteiligten Handwerker ungünstig beeinflusst werden könnten, was nicht erwünscht wäre.“ Das badische Ministerium fühlt sehr gut, daß es eine gewagte Sache ist, bei Streiks zu Gunsten einer Partei einzugreifen; in Folge dessen hätte es den Rück-wärtigen des Handwerker-Verbandes nicht eine halbe, son-dern eine ganze Abgabe erteilen sollen. Wenn das Ministerium von „Fall zu Fall“ zu Gunsten der Unter-nehmer zu entscheiden gewillt ist, dann kann unter Um-ständen auch von den Arbeitern ein Eintreten zu ihren Gunsten verlangt werden.

**Litterarisches.**

Soeben ist in Verlage der Buchhandlung Vorwärts Berlin der **Arbeiter-Notiz-Kalender für 1899** er-schienen zum alten Preise von 60 Pfg. Der Inhalt ist gegen das Vorjahr bedeutend vielseitiger geworden. Son-ganz besonderem Interesse ist die Statistik über die 98er Reichstagswahl: die für jede Partei in jedem einzelnen Wahlkreise abgegebene Stimmenzahl, Name und Beruf des Abgeordneten, sowie bei den sozialdemokratischen Stimmen zwecks Vergleichung auch die 1893 abgegebene Stimmenzahl. Ferner: Biographische Notizen der sozial-demokratischen Reichstagsabgeordneten, sowie Aufzählung aller seit 1867 gewählten sozialdemokratischen Reichstags-abgeordneten nebst Angabe, wo und wann sie gewählt wurden. Endlich eine statistische Zusammenstellung über das Wachsthum der Sozialdemokratie in allen deutschen Bundesstaaten und für Preußen auch in den einzelnen Provinzen seit 1871. Aber auch für die Gewerkschaften erwirkt sich der Notiz-Kalender für 1899 als werthvolles Nachschlagebuch: Adressen aller deutschen Gewerkschaftsvorstände, der Fabrikinspektoren

mit Angabe ihrer Inspektionsbezirke, Abhandlung über Rechte und Pflichten der Arbeiter aus dem Juniusgesetz, Belehrung über Lohnzahlung und Lohnbezugnahme, Was zählt eine Arbeiterfamilie jährlich Lebensmittelpreisen, Staatsschulden des Reiches, der einzelnen Bundesstaaten, der europäischen Staaten u. d. d. Längen, Flächen, Höhepunkte und Gewichte in den einzelnen Ländern im Verhältnis zum metrischen Maße bez. Kilogramm usw. Kurz, der Kalender ist ein praktisches und unentbehrliches Nachschlagewerk nicht bloß für alle Partei- und Gewerkschaftsmitglieder, sondern für alle Arbeiter.

Von der „Neuen Zeit“ (Stuttgart, Dietz Verlag) ist soeben das 1. Heft des 17. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt heben wir hervor: Die Rechte des Bezahlers. — Der Stuttgarter Parteitag. Von August Bebel. — Von Paris nach Bern. Ein Reisefragment von Friedrich Engels. — Der Ursprung der abstrakten Ideen. Von Paul Lafargue. — Die Rechtsstellung der Arbeiterkolonien im Deutschen Reich. Von Simon Ragenstein. — Literarische Rundschau. — Feuilleton: Eine Unzivilisierte. Erzählt aus dem kleinrussischen Leben von Olga Kobylanska.

## Verbands-Anzeigen.

### Mitglieder-Verfassungen.

**Altenburg.** Sonnabend, 8. Okt., Abds. halb 9 Uhr, im „Gold. Löwe“. Abrechnung vom 3. Quartal.

**Altona.** Montag, 10. Okt., Abds. halb 9 Uhr, bei Christiansen, Blumenstr.

**Alt- und Neugersdorf.** Sonntag, 9. Okt., Nachm. 3 Uhr, auf der Hefenmühle.

**Angsburg.** Samstag, 8. Okt., Abends 8 Uhr, im „Blauen Boot“. Vortrag.

**Berlin.** Montag, 10. Oktober, Abds. halb 9 Uhr, gemeinschaftliche Versammlung aller Bezirke in den „Arminshallen“, Kommandantenstr. 20.

**Berlin.** Mittwoch, 12. Okt., Abds. halb 9 Uhr, große Versammlung bei Hensel, Invalidenstr. 1a.

**Berlin.** Mittwoch, 12. Oktober, Abends halb 9 Uhr, Bezirksversammlung im „Weddingpark“, Währstr. 178.

**Berlin.** Sonntag, 16. Oktober, Vorm. halb 11 Uhr, Vorgesprache in Spandau.

**Biebrich a. Rh.** Am 8. Okt. im „Kaiser Hof“.

**Braunschweig.** (Sektion der Schlosser, Maschinenbauer u. v. B.) Sonnabend, 8. Oktober, in der „Englischen Strasse“, Cäternstr. 42. Vortrag. Gewerkschaftliches.

**Cambsatt.** (Sektion der Formner.) Samstag, 15. Okt., Abds. 8 Uhr, im „Ruppischen Hof“.

**Crefeld.** Montag, 10. Okt., Abds. 9 Uhr, bei Jorick, „Sprengelhaus“. Vortrag.

**Grünmühlengau.** Sonnabend, 15. Okt., Saalabend in der „Krone“, bei Wiltz, Berger.

**Hessau.** Sonnabend, 8. Okt., Abds. halb 9 Uhr, bei Eilenberg, Abrechnung.

**Frankfurt a. M.** (Sektion der Evengler u. Jussall.) Samstag, 8. Okt., Abds. halb 9 Uhr, bei Stein, gr. Schenkengasse. Abrechnung vom 3. Quartal.

**Greiz i. P.** Die Versammlung am 15. Okt. fällt aus, dafür am 22. Okt. im Verkehrslokal.

**Hannover.** (Sektion der Klempner.) Sonnabend, den 15. Okt., bei Ströcher, Langestr. 2.

**Helmstedt.** Jeden Sonnabend vor dem 1. und 15. im Monat.

**Hohenstein-Ernstthal.** Sonntag, 9. Oktober. Revisorenwahl.

**Parisruhe.** (Sektion der Blechner u. Installateure) Sonntag, 9. Okt., Vorm. 10 Uhr, im „Deutschen Schlosser“.

**Limburg.** Sonnabend, 15. Okt. im „Johannesbad“.

**Lollar.** Dienstag, 11. Okt., Abds. halb 9 Uhr, bei Heinrich Weinig, Berichterstattung der Delegierten von der Kreis- und Landeskonferenz.

**Ludwigsburg.** Samstag, 8. Okt., Abds. halb 9 Uhr, in Holländer's Brauerei. Am jetzt ab alle 14 Tage dieselbe.

**Ludwigshafen a. Rh.** Samstag, 15. Okt., Abds. halb 9 Uhr, im „Wittelsbacher Hof“, Ecke der Jäger- und Waghäuser.

**Mansfeld.** Sonnabend, 8. Okt., Abds. halb 9 Uhr, in der „Ducke“.

**Mannheim.** Freitag, 7. Okt., Abds. halb 9 Uhr, bei Seibermann, Vortrag des Kollegen Weber aus Kiel.

**Münster.** (Sektion der Messing- und Zinnarbeiter) Montag, 17. Okt., bei Jannet, Duderstr. Bericht der Delegierten von der Metallarbeiterkonferenz für Nordbayern Bericht über die letzte Statistik, Veränderung des Lohnstandes.

**Nachheim.** (Sektion der Eisenarbeiter) Sonnabend, 15. Okt., Abds. halb 9 Uhr, bei Rehlitz, Jägerstr. 14.

**Nürnberg.** Samstag, 8. Okt., Abds. 8 Uhr, Geschäfts-Versammlung im „Rögle“.

**Stettin (1. Bezirk).** Sonnabend, 15. Okt., Abds. halb 9 Uhr, bei Herrn Dittmer, Breitenstr. 11. Abrechnung der Delegiertenberichte und Einführung des Unfallversicherungsgesetzes.

**Wiesbaden.** Samstag, 15. Okt., Abds. 9 Uhr, bei H. Gähler, Adolfsstr. 6. Vortrag über: Gewerkschaften. Abrechnung.

**Wittenberg.** Samstag, 15. Okt., Abds. halb 9 Uhr, bei Frau Wittenberg, Herber 26. Abrechnung vom 3. Quartal.

**Wiesbaden.** (Sektion der Evengler u. Installateure) Samstag, 15. Okt., Abds. 9 Uhr, bei H. Gähler, Adolfsstr. 6. Vortrag über: Gewerkschaften. Abrechnung.

**Wittenberg.** Samstag, 15. Okt., Abds. halb 9 Uhr, bei Frau Wittenberg, Herber 26. Abrechnung vom 3. Quartal.

**Wiesbaden.** (Sektion der Evengler u. Installateure) Samstag, 15. Okt., Abds. 9 Uhr, bei H. Gähler, Adolfsstr. 6. Vortrag über: Gewerkschaften. Abrechnung.

**Wittenberg.** Samstag, 15. Okt., Abds. halb 9 Uhr, bei Frau Wittenberg, Herber 26. Abrechnung vom 3. Quartal.

**Wiesbaden.** (Sektion der Evengler u. Installateure) Samstag, 15. Okt., Abds. 9 Uhr, bei H. Gähler, Adolfsstr. 6. Vortrag über: Gewerkschaften. Abrechnung.

**Wittenberg.** Samstag, 15. Okt., Abds. halb 9 Uhr, bei Frau Wittenberg, Herber 26. Abrechnung vom 3. Quartal.

**Wiesbaden.** (Sektion der Evengler u. Installateure) Samstag, 15. Okt., Abds. 9 Uhr, bei H. Gähler, Adolfsstr. 6. Vortrag über: Gewerkschaften. Abrechnung.

**Wittenberg.** Samstag, 15. Okt., Abds. halb 9 Uhr, bei Frau Wittenberg, Herber 26. Abrechnung vom 3. Quartal.

**Wiesbaden.** (Sektion der Evengler u. Installateure) Samstag, 15. Okt., Abds. 9 Uhr, bei H. Gähler, Adolfsstr. 6. Vortrag über: Gewerkschaften. Abrechnung.

**Wittenberg.** Samstag, 15. Okt., Abds. halb 9 Uhr, bei Frau Wittenberg, Herber 26. Abrechnung vom 3. Quartal.

**Wiesbaden.** (Sektion der Evengler u. Installateure) Samstag, 15. Okt., Abds. 9 Uhr, bei H. Gähler, Adolfsstr. 6. Vortrag über: Gewerkschaften. Abrechnung.

**Wittenberg.** Samstag, 15. Okt., Abds. halb 9 Uhr, bei Frau Wittenberg, Herber 26. Abrechnung vom 3. Quartal.

**Wiesbaden.** (Sektion der Evengler u. Installateure) Samstag, 15. Okt., Abds. 9 Uhr, bei H. Gähler, Adolfsstr. 6. Vortrag über: Gewerkschaften. Abrechnung.

**Wittenberg.** Samstag, 15. Okt., Abds. halb 9 Uhr, bei Frau Wittenberg, Herber 26. Abrechnung vom 3. Quartal.

**Wiesbaden.** (Sektion der Evengler u. Installateure) Samstag, 15. Okt., Abds. 9 Uhr, bei H. Gähler, Adolfsstr. 6. Vortrag über: Gewerkschaften. Abrechnung.

**Wittenberg.** Samstag, 15. Okt., Abds. halb 9 Uhr, bei Frau Wittenberg, Herber 26. Abrechnung vom 3. Quartal.

**Wiesbaden.** (Sektion der Evengler u. Installateure) Samstag, 15. Okt., Abds. 9 Uhr, bei H. Gähler, Adolfsstr. 6. Vortrag über: Gewerkschaften. Abrechnung.

**Wittenberg.** Samstag, 15. Okt., Abds. halb 9 Uhr, bei Frau Wittenberg, Herber 26. Abrechnung vom 3. Quartal.

**Wiesbaden.** (Sektion der Evengler u. Installateure) Samstag, 15. Okt., Abds. 9 Uhr, bei H. Gähler, Adolfsstr. 6. Vortrag über: Gewerkschaften. Abrechnung.

**Wittenberg.** Samstag, 15. Okt., Abds. halb 9 Uhr, bei Frau Wittenberg, Herber 26. Abrechnung vom 3. Quartal.

**Wiesbaden.** (Sektion der Evengler u. Installateure) Samstag, 15. Okt., Abds. 9 Uhr, bei H. Gähler, Adolfsstr. 6. Vortrag über: Gewerkschaften. Abrechnung.

**Wittenberg.** Samstag, 15. Okt., Abds. halb 9 Uhr, bei Frau Wittenberg, Herber 26. Abrechnung vom 3. Quartal.

der „Urania“, Taubenstr. 48/49, stattfindet. Zur Aufführung gelangt: „Aus grauer Vorzeit.“ Billets zum Preise von 70  $\frac{1}{2}$  inkl. Garderobe, sind auf dem Verbandsbureau, Innenstr. 39, 1 zu haben. Bestellungen auf Billets nehmen sämtliche Kassierer entgegen.

**Braunschweig.** (Sektion der Schlosser, Maschinenbauer u. v. B.) Wohnung des i. Bevollmächtigten: Noßstr. 49, II. **Crefeld.** Sonntag, 16. Okt., auf Eichenthal, Stiftungsfest, bestehend in Konzert, Gesang und Aufführung lebender Bilder. Karten im Vorverkauf 30  $\frac{1}{2}$  für Mitglieder der 20  $\frac{1}{2}$ , an der Kasse 40  $\frac{1}{2}$ . Karten sind zu haben bei Kassier Bernh. Rose und den Unterkassieren.

**Frankfurt a. M.** (Sekt. d. Evengler u. Installateure.) Sonntag, 9. Okt. im Vereinslokal, Abendunterhaltung zum Abschied der zum Militär einrückenden Kollegen.

**Hannau.** Adresse des Kassiers: W. Pache, Friedrichstraße 14. Reihenunterhaltung wird Mittags von 12—1 Uhr und Abends von 7—8 Uhr ausbezahlt.

**Hildenheim.** Die Herberge ist von jetzt an im Gasthof zur „Krone“, Hauptstr.

**Karlsruhe.** (Sektion der Blechner u. Installateure.) Samstag, 8. Okt., Stiftungsfest bei Katsbach.

**Karlsruhe-Mühlburg.** Samstag, 8. Okt., Abds. 8 Uhr, im „Ritter“, Stiftungsfest mit Festrede, Gesang, komischen Vorträgen und Tanz.

**Leipzig.** Das Bureau der Metallarbeiter Leipzig befindet sich im „Leipziger Hof“, Windmühlentstr. und ist an Besuchen von 9—1 Uhr und 4—5 Uhr geöffnet.

**Limburg.** Es wird ersucht, bei Wohnungswechsel den Bevollmächtigten davon in Kenntnis zu setzen.

**Münster.** Nordbayerische Agitationskommission. Den Delegierten zu der am 16. Oktober stattfindenden Konferenz zur Absicht, daß sie am Genstrassenhof von mit reichen Mitgliedern versehenen Kollegen abgeholt werden. Zögern schon Samstag Abend Delegierte eintreffen, so bitte ich um vorläufige Nachricht beim Vorgesang von Nachquartieren. Treffpunkt bei Holstege Dreher, Poststraße 10 (Café Werk).

**Stuttgart.** (Allg.) Am 17. Okt. beginnt der Zeichenkurs im 1. Landesgewerkschaftsbureau. Der Beitrag beträgt für Mitglieder 4  $\frac{1}{2}$ , für Nichtmitglieder 5  $\frac{1}{2}$ . Anmeldungen nehmen entgegen: Gott. Gieseler 3; Gerlach, Leonhardsstr.; die Vorstände der Gärtler, Schmiede, Mechaniker, Allgemeiner Zehlfache und die Schulvereine.

**Wiesbaden.** Adresse des Bevollmächtigten: H. Schägel, Hauptstr. 11. — Die Mitgliedsbücher werden zur Kontrolle vom Zeichnungssträger eingekassiert.

**Greiz Verein.**

**Höveln i. S.** (Metallarbeiter-Verein.) Sonnabend, 15. Okt., Abds. halb 9 Uhr, in der „Waldenerrasse“ Vortrag über: Arbeiterrechte.

**Geftorben.**

Am 27. Sept. in Brandenburg der Metallarbeiter-Vorm. Dietrich am 26. Jahre alt.

## Öffentliche Versammlungen.

**Bernburg.** Sonnabend, 15. Okt., Abds. 8 Uhr, im Lokal, Steinstr. 4, öffentliche Metallarbeiter-Versammlung. Der Deutsche Metallarbeiterverband und die Kreis- und Landesvereine.

**Breslau-Helmstedt.** Dienstag, 18. Okt., Abds. halb 9 Uhr, im Lokal zu Helmstedt, öffentliche Metallarbeiter-Versammlung. Die für die Arbeitervereine wichtigsten Bestimmungen der Reichs-, Unfall-, Invaliditäts- und Altersversicherung. Referent: Herr G. Hagedorn.

**Frankfurt a. M.** (Sektion der Evengler u. Installateure.) Die Organisation und ihr Zweck. Die Lage der Metallarbeiter in Frankfurt a. M.

## Privat-Anzeigen.

### Einkaufe Flachgukformner

werden sofort bei hohem Lohn und dauernder Stellung gesucht.

Gleichen ein tüchtiger Werkzeugschlosser für Schrübe und Stangen.

**Sächsische Broncewaarenfabrik**

2441 Aktiengesellschaft Weyers.

Tüchtige Installateure, die mit Wasserleitungsarbeiten vollständig vertraut sind, wollen Offerte mit Gehaltsansprüchen, Zeugnis dazwischen.

Platz. J. Lerch & Co.

Zum vorerwähnten Ort wird gesucht ein geschickter Chirurg, Zahnarzt u. ein Feinmechaniker, die auch auf Wasserleitungsarbeiten können, sowie ein guter Schiffschiffer bei

Adolf Witt, Straßburg i. E.

### Seitenbanerei in Straubing,

altes Geschäft, jetzt sehr annehmbar veräußert. Näheres beim Expedienten

Emilie von Straubing folgen mein großes Lager von blauen Arbeitsblousen und -Hosen

in englisch, belg., franz., japan., US-amer. und deutsches, sowie Frauenkleider in großer Auswahl

Wilhelm Schmidt, Gölzig, Königsallee 19.

Verzeichnisse, Herberge und Arbeitsnachweis für Hebräer und verarbeitete Gewerbe in Berlin bei

H. Saha, Stralauerstr. 48.

## Bayerische Hypotheken- und Wechselbank in München

gegründet 1835.

Bar eingezahltes Aktienkapital: 44 Millionen Mark.

Gesamtreserven: über 62 Millionen Mark.

Ständige Kontrolle eines Regierungskommissars.

Die Versicherungs-Abteilung hat die

### „Mark-Versicherung“

b. f. Versicherungen kleinerer Summen gegen monatliche Prämienzahlungen von einer Mark an eingezahlt; daher auch dem Mindestverdienstlichen Gelegenheit geboten, sich die Wohlthaten einer Lebensversicherung zu verschaffen; mit denkbar günstigsten Versicherungsbedingungen und Tarifen; ohne jede Karenzzeit.

Die Bank übernimmt ferner:

alle Arten Lebens-, Leibrenten-, Unfall-, Gastpflicht-, Feuer-, sowie insbesondere

Allgemeine Reise-Unfallversicherungen

und betreibt die

Eisenbahn-Unfallversicherung.

Nähere Auskünfte werden direkt von der Bank in München oder von deren Agenten kostenlos erteilt.

Geneigt werden die Tarife, Grundbestimmungen und Prospekte gratis abgegeben.

Tüchtige Vertreter finden lohnendes Engagement.

243] Die Direktion.

Die Direktion.